



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

DIE BELARUSSISCHE WIRTSCHAFT BELARUS UND RUSSLAND

■ ANALYSE		
Die Wirtschaft von Belarus: Zustand, Bedrohungen, Perspektiven		2
Dzmitry Kruk (BEROC, Minsk)		
■ STATISTIK		
Wirtschaftswachstum in Belarus		7
■ ANALYSE		
Belarus und Russland: Perspektiven einer neuen Normalisierung		9
Valeriya Kostyugova (Redakteurin des Internetportals »Nasche Mnenije«, Minsk)		
■ STATISTIK		
Politische Beziehungen mit Russland		13
Wirtschaftsbeziehungen mit Russland: Öl und Gas		14
■ UMFRAGE		
Umfragen des Belarusian Analytical Workroom		18
Umfrage des Russisch-belarussischen Expertenclubs und des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften von Belarus		18
Umfrage des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)		19
■ CHRONIK		
Covid-19-Chronik, 24. März – 12. April 2020		20
■ CHRONIK		
14. Januar bis 12. April 2020		24

Die Wirtschaft von Belarus: Zustand, Bedrohungen, Perspektiven

Dzmitry Kruk (BEROC, Minsk)

DOI: [10.31205/BA.049.01](https://doi.org/10.31205/BA.049.01)

Text geschrieben am 16. März 2020

Zusammenfassung

Dieser Beitrag befasst sich mit dem Zustand der belarussischen Wirtschaft und analysiert die aktuellen Perspektiven und Bedrohungen. Es wird aufgezeigt, dass die Entwicklungsmöglichkeiten durch eine Reihe institutioneller Defekte stark eingeschränkt sind. Darüber hinaus sind für die Wirtschaft des Landes unlängst neue Herausforderungen aktuell geworden, die auf verschärfte Widersprüche in den bilateralen Beziehungen mit Russland zurückgehen. Zur Beseitigung dieser Widersprüche ist die belarussische Regierung genötigt, eine systemische Antwort zu formulieren. Davon, wie die Antwort ausfällt, hängen sowohl die mittelfristigen wie auch die kurzfristigen Entwicklungsperspektiven des Landes ab. Die Palette der jeweiligen Optionen ist recht breit: von einer Rückkehr des Landes auf einen Pfad nachhaltigen Wachstums bei einer Minimierung der kurzfristigen Verluste bis hin zu einer Beibehaltung der Stagnation als Hintergrund für die mittelfristige Entwicklung bei Rezession und Finanzturbulenzen im Jahr 2020.

Aktueller Zustand der Wirtschaft: Hintergrund und Resultate der mittelfristigen Entwicklung

Das Schlüsselproblem der belarussischen Wirtschaft besteht seit nunmehr rund 10 Jahren in dem – insbesondere nach Maßstäben von Ländern mit aufstrebenden Märkten – schwachen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Erste Anzeichen einer Verschlechterung des Wachstumspotenzials waren bereits 2007 zu beobachten, als die beständigen Wachstumsraten der ersten 2000er Jahre von 7–8 Prozent sich abschwächten. Bis 2015 hatte eine Verfestigung dieser Tendenz dazu geführt, dass das Wachstumspotenzial auf 1,5–2,5 Prozent zurückging. Versuche, dieses konzeptuelle Problem mit Hilfe kurzfristiger wirtschaftlicher Anreize zu maskieren, haben zu Devisenkrisen (2011 und 2015) geführt und das Land 2015–2016 in eine Rezession gestürzt. Im Ergebnis lag das tatsächliche Wachstum in den vergangenen fünf Jahren (insgesamt über den Zeitraum von 2015–2019) sogar unterhalb des Potenzials. Das belarussische BIP war um nur 0,7 Prozent gewachsen, weswegen zu konstatieren ist, dass sich die belarussische Wirtschaft in einer Stagnation befindet.

Die Stagnation hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass Belarus hinsichtlich der Wachstumsraten in der Region von einer führenden Position auf die hinteren Plätze abgerutscht ist, während das Niveau des tatsächlichen Wohlstandes (BIP pro Kopf nach Kaufkraftparität – PPP) im Vergleich mit den Ländern Mitteleuropas und des Baltikums (MEB) nach 20 Jahren Wachstum (1995–2015) sich wieder verringerte (seit 2015). So betrug der tatsächliche Wohlstand in Belarus auf dem Höchststand der Jahre 2012–2014 rund 77 Pro-

zent des Durchschnitts der 11 MEB-Länder und ging bis 2019 auf rund 64 Prozent zurück. Dieser Trend birgt die Gefahr in sich, dass neue Hindernisse für ein zukünftiges Wachstum entstehen. Angesichts der gewachsenen Kluft bei den Einkommen hat beispielsweise die Migration in die Nachbarländer (vor allem nach Polen) in den letzten Jahren spürbar zugenommen, was für Belarus einen Mangel an Humankapital für künftiges Wachstum bedeutet. Darüber hinaus führt der Weggang qualifizierter Fachkräfte in bestimmten gesellschaftlich wichtigen Bereichen – etwa im Gesundheitswesen – auch zu sozialen Herausforderungen. Somit stellen mangelndes Wachstum und Stagnation ein großes Problem dar, das weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betrifft.

Der wichtigste Stagnationsfaktor in Belarus ist die mangelnde Produktivität, in der sich die institutionellen Schwächen der belarussischen Wirtschaft widerspiegeln. Zu den wichtigsten gehören: Der Vorrang des Prinzips »der Champion wird ernannt« (darunter wird die aktive Rolle der Regierung bei der Verteilung der finanziellen Ressourcen in der Wirtschaft und bei der Festlegung von Branchenvorrangitäten verstanden), Einschränkung des Wettbewerbs, Dominanz des Staatsbesitzes. Geht man von dieser Vorstellung über die Funktionsweise der Wirtschaft aus, so fördert die Regierung die Konzentration eines beträchtlichen Anteils der Ressourcen in ausgewählten Sektoren, errichtet unter ihrer Kontrolle vertikal integrierte Wertschöpfungsketten und schirmt diese von einer Konkurrenz ab. Allerdings kann die Konzentration von Ressourcen in privilegierten Sektoren, die nach Vorstellung der Regierung über eine Massierung von Kapital die Produktivität erhöhen soll, diese Aufgabe nicht lösen. Erstens sind die positiven

Impulse durch eine Massierung von Anlagevermögen oft schwach, da eine Vergrößerung der letzteren überwiegend in Branchen oder Firmen stattfindet, in denen sie bereits mehr als genug angereichert sind. Darüber hinaus haben die Branchen oder Firmen oft ein recht archaisches Management, und orientieren sich zudem an Märkten, bei denen das Potenzial begrenzt ist. Zweitens bedeutet das auf die Gesamtwirtschaft bezogen eine »Repression« der Produktivität, weil produktivere Firmen wegen des eingeschränkten Wettbewerbs, und weil sie keinen freien Zugang zu Finanz- und Arbeitskräfteressourcen haben, in ihrem Wachstumspotenzial eingeschränkt werden.

Der Regierung ist eine Beibehaltung des »Tiefenfundaments« der belarussischen Wirtschaft wichtig, was auf ihre »politische Bequemlichkeit« zurückzuführen ist. Hier mag wohl auch der Glaube bestehen, dass ein solches Modell bei entsprechendem »Tuning« gleichwohl Wachstum generieren kann. Zudem sind Befürchtungen recht verbreitet, dass eine drastische Revision der Grundlagen für die Wirtschaftsmechanismen unabsehbare Folgen haben könnte.

Aus diesem Grund ist eine Reform des »Tiefenfundaments« immer noch nicht in vollem Maße auf die Tagesordnung gelangt. Dabei hatte die Regierung es sich ab 2015 – angesichts der verfestigten Stagnation wie auch der aktuelleren Bedrohung für die Finanzstabilität – wohl kaum erlauben können, die schwachen wirtschaftlichen Ergebnisse zu ignorieren. Ein gewisser Kompromiss bestand in dieser Situation in punktuellen und kosmetischen Veränderungen, die es ermöglichten, die empfindlichsten Disproportionen zu beseitigen oder abzumildern, ohne dass dabei die der Regierung wichtigen Wirtschaftsmechanismen in Frage gestellt werden. Beispiele für diese Veränderungen sind die Liberalisierung der Betätigungsfelder für Privatunternehmen sowie eine Verschärfung der Haushaltsbeschränkungen für Staatsunternehmen. Doch auch diese punktuellen Veränderungen blieben letztendlich nicht unumkehrbar. So wird beispielsweise die Strenge der Haushaltsbeschränkungen für Staatsunternehmen korrigiert: 2018–2019 waren sie wieder weniger streng als noch 2016–2017.

Dieser »punktueller« Ansatz verwandelte sich allmählich in eine ungeschriebene Konzeption zur Entwicklung zweier paralleler Wirtschaften. Im Rahmen dieser Konzeption wird die Volkswirtschaft in zwei Bereiche geteilt: in eine traditionelle (mit einer Dominanz des staatlichen Sektors) und eine neue (mit einer Dominanz des privaten Sektors). Die traditionelle Wirtschaft soll die Beschäftigung und auch das Volumen der Produktion, der Zahlungen aus dem Haushalt und dem Außenhandel sicherstellen. Dabei sind Kriterien wie Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit und die Möglichkeit, Wachstum zu generieren, hinsichtlich des jeweiligen

Segments de facto zweitrangig. Die neue Wirtschaft hingegen soll Dynamik gewährleisten und als systemische Triebkraft für Wachstum agieren. Der wichtigste Weg und ein zentrales Instrument zur Entwicklung der neuen Wirtschaft sind die Zonen bzw. Technologieparks mit speziellen Bedingungen für unternehmerische Tätigkeit. Die prägnantesten Beispiele hierfür sind der »High-Tech-Park« sowie der Industriepark »Wjaliki Kamen« (dt.: »Großer Stein«), der gemeinsam mit China aufgebaut wird.

Eine weitere wichtige Neuerung der letzten fünf Jahre sind die veränderte Rolle und Verortung der Wirtschaftspolitik (vor allem der Geld- und Haushaltspolitik). Während sie 2008 bis 2014 deutlich auf Stimulierung ausgerichtet war (was zur Maskierung des schwachen Wirtschaftswachstums nötig war), so wurde sie ab 2015 neu fokussiert, nämlich auf die Herstellung einer makroökonomischen und finanziellen Stabilität. Dadurch ist Belarus in den letzten Jahren eine recht ungewöhnliche Kombination eigen gewesen: ein institutionell schwaches Wirtschaftsmodell (mit punktuellen und langsamen Veränderungen) verbunden mit einer rationalen und auf Makrostabilität zielenden Wirtschaftspolitik. Das führt dazu, dass die Wirtschaft nur sehr langsam wächst (schließlich wird das Wachstum nicht mehr künstlich stimuliert). Gleichzeitig wird das makroökonomische Gleichgewicht sichergestellt (geringe Inflation und Arbeitslosigkeit, akzeptabler Zustand der Handelsbilanz und des Staatshaushalts).

Makroökonomische Entwicklung im Vorfeld von 2020

Das Jahr 2019 steht in der Reihe der letzten Jahre recht typisch da: Das Wirtschaftswachstum war schwach (1,2% über das gesamte Jahr), gleichzeitig wurden aber praktisch alle Indikatoren für Makrostabilität aufrechterhalten oder sogar gefestigt. So lagen die Inflationswerte dicht an den von der Nationalbank als Ziel ausgegebenen 5 Prozent, das Profizit des konsolidierten Haushalts betrug rund 3 Prozent des BIP, das Defizit bei laufenden Operationen lag bei rund 1 Prozent des BIP und die Arbeitslosigkeit bei 4 Prozent. Dabei wird der Haushalt in den letzten Jahren traditionell mit einem Profizit gebildet, da die Regierung die Aufgabe stellt, die Staatsverschuldung zu reduzieren. Daher wird ein Teil der Mittel, die das Profizit bilden, für die Begleichung von Basissummen aus der Staatsverschuldung reserviert.

Das Problem des wackeligen Wirtschaftswachstums hat wie schon in den Vorjahren weiterhin die Wirtschaft belastet. Das Potenzial eines gleichgewichtigen Wachstums wurde 2019 auf 1–3 Prozent geschätzt. Doch bestanden für eine Umsetzung dieses Potenzials im ersten Halbjahr 2019 konjunkturelle Hindernisse. Zum einen befand sich die Wirtschaft in einer zykli-

schen Wachstumsdelle. Nach einer Phase stürmischen Wachstums (2017–2018) begann sich der Enthusiasmus der belarussischen Haushalte abzuschwächen, und somit verlangsamte sich auch der Anstieg ihrer Konsum- und Investitionsnachfrage. Zweitens wirkte sich der Zwischenfall mit der Lieferung von russischem »schmutzigen Öl« im April 2019 negativ auf die Wirtschaft aus.

Die Wirtschaftsbehörden waren nicht in der Lage, diese Tendenzen im vollen Umfang zu nivellieren, da man an der Makrostabilität festhielt. Im Rahmen des zur Verfügung stehenden Instrumentariums versuchte man, über Löhne und Gehälter sowie auch über Sozialleistungen Wachstumsimpulse zu generieren. Aus diesen Gründen stiegen die Gehälter und Renten 2019 (real) verhältnismäßig stark (in Bezug auf die Arbeitsproduktivität und das Wirtschaftswachstum); der Anstieg betrug übers Jahr 7,7 bzw. 13,1 Prozent. Der Anstieg der Einkommen machte auch die Beibehaltung eines recht stürmischen Wachstums der Kreditverschuldung der Haushalte möglich, der bereits 2017 eingesetzt hatte. Diese beiden Faktoren stützten 2019 den Anstieg des Konsums durch Privathaushalte (ein Schlüsselement für die Binnennachfrage), obwohl es gegen Ende des Jahres eine Abschwächung.

Im zweiten Halbjahr bildeten sich – im Zuge des natürlichen Endes einer zyklischen Abschwächung – die Voraussetzungen heraus, dass sich die wirtschaftliche Aktivität und die Rolle der Investitionsnachfrage verstärkten. Eine weitere Grundlage hierfür waren die im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme des Atomkraftwerks geplanten Investitionen. Darüber hinaus trug auch die Zunahme von Bankkrediten das ihre hierzu bei. Signale hierfür waren die verbesserten Erwartungen (vor dem Hintergrund des Phasenwechsels im Wirtschaftszyklus), sowie die angesichts der geringen Inflation aktivere Reduzierung der Zinssätze durch die Nationalbank. Die Dynamik dieser Trends nahm im dritten Quartal zu, und ihre erwartete Zunahme hätte die Wirtschaft zu einem Wachstum von 1,6 Prozent über das Jahr 2019 und von rund 2 Prozent im Jahr 2020 bringen können.

Im vierten Quartal 2019 jedoch begann sich die wirtschaftliche Konjunktur recht schnell zu ändern. Ein erstes Warnsignal war die Verlangsamung bzw. das Absinken von Exportlieferungen bei einer Reihe von für Belarus wichtigen Warengruppen. Zum Teil war das eine Folge der Abschwächung des Wachstums der Weltwirtschaft, zum Teil eine Folge spezifischer Probleme bei Produzenten bestimmter Waren (etwa von Kalidünger). Bis zum Ende des Jahres hat sich der negative Hintergrund durch die Ungewissheit hinsichtlich der offenen Öl- und Gasfragen in den Beziehungen zu Russland erheblich verstärkt. Bei Befragungen von Firmen und Haushalten wurden nun negative Erwartungen festgestellt. Die Firmen ließen sich hiervon und

von der schwachen Finanzlage leiten: Statt der vor kurzem noch geplanten Aktivierung von Investitionsprojekten wurden diese nun aufgeschoben oder gar aufgegeben. Darüber hinaus fuhren die Firmen Ende des Jahres ihre Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt herunter, die Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze ging drastisch zurück und die Arbeitslosigkeit stieg erstmals seit 2017, zwar unwesentlich, aber sie nahm zu.

Die russisch-belarussischen Beziehungen und deren Einfluss auf die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung

Die Peripetien in den Verhandlungen zwischen Belarus und Russland 2019–2020 über eine »vertiefte Integration« und die Öl- und Gasfragen haben konzeptuelle Widersprüche zwischen den beiden Ländern deutlich werden lassen. Die Unterzeichnung des Vertrags von 2014 über die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) wurde von den Offiziellen in Minsk de facto als formale Festschreibung eines »Großen Deals« in den Beziehungen zu Russland wahrgenommen. Aus Sicht der belarussischen Regierung bedeutete es, dass Belarus für militärische Zusammenarbeit und geopolitische Loyalität gegenüber Russland im Gegenzug folgendes garantiert bekommt: 1) Zugang zum russischen Markt, 2) gegenüber dem Marktniveau reduzierte Gaspreise; 3) privilegierte Bedingungen beim Handel mit Öl und Ölprodukten. Insgesamt sollte der »Große Deal« – nach den Vorstellungen der Regierung – zum Fundament eines neuen Wachstumszyklus werden. Darüber hinaus sollten die Sonderbedingungen beim Ölhandel zu einem wichtigen Element werden, mit dem makroökonomische und finanzielle Stabilität aufrechterhalten werden könnte.

Die russische Interpretation der Bestimmungen des Vertrages über die EAWU wich von der belarussischen ab. Im Lauf der Jahre 2015–2018 hat es spürbare Widersprüche gegeben. Allerdings wurde die russische Forderung von 2019 nach der Unterzeichnung eines Pakets über eine »vertiefte Integration« im Gegenzug für eine Beibehaltung der Sonderbedingungen beim Öl von Minsk von Anfang an als Versuch wahrgenommen, die Bestimmungen des »Großen Deals« grundlegend zu revidieren. Gleichwohl führte die belarussische Regierung ein Jahr lang Verhandlungen im von Russland vorgeschlagenen Format, wobei sie offensichtlich hoffte, dass man sich auf dekorative und rein deklarative Abmachungen beschränken würde. Ende 2019 dann verließ Belarus diesen Weg, nachdem man sich bewusst geworden war, dass eine »vertiefte Integration« unausweichlich die unmittelbare Gefahr einer politischen und institutionellen Abhängigkeit nach sich ziehen würde.

Auf den ersten Blick könnte ein annehmbarer Ausweg aus der Situation, die sich durch das Steuermanöver

Russlands ergeben hat, in einer Annahme der Preisbedingungen Russlands für 2020. In diesem Jahr würde das eine Erhöhung des Einkaufspreises von Rohöl auf 83 Prozent des Weltpreises bedeuten, was einem Anstieg um rund 4 Prozentpunkte gegenüber 2019 entspräche. Das würde zu einem Rentabilitätsrückgang bei den belarussischen Raffinerien führen, der deren Gewinn auf null fahren ließe, und zu einem Ausfall von Haushaltseinnahmen sowie zu einer Verschlechterung der Handelsbilanz (um rund 250 Mio. US-Dollar). Gleichzeitig hätte durch Gegenmaßnahmen (Erhöhung der Brennstoffpreise auf dem Binnenmarkt, Subvention der Raffinerien) das Problem der ungenügenden Rentabilität der Raffinerien eingedämmt werden können; dabei ist die Dimension, in der sich die Außenhandels- und Haushaltspositionen bewegen, auf der Makroebene gar nicht so kritisch.

Allerdings ist das Problem in Wirklichkeit erheblich größer. Eine Annahme der russischen Bedingungen ab 2020 – dem Jahr, ab dem Russland mit der Subventionierung seiner Raffinerien beginnt – würde de facto eine Zustimmung zur russischen Interpretation der Abkommen im Rahmen der EAWU bedeuten. Außerdem würde sich die Regierung nicht mehr auf diese Abkommen berufen können, um eine Grundlage für Forderungen nach zukünftigen Sonderbedingungen beim Handel mit Energieträgern zu erhalten. Und in den kommenden Jahren wird es praktisch unmöglich sein, durch kompensierende Maßnahmen ein rentables Funktionieren der Ölverarbeitung zu gewährleisten. Daher ist die Weigerung der belarussischen Regierung, die Bedingungen Russlands zu akzeptieren (zumindest zu Beginn des laufenden Jahres), in erster Linie ein Versuch, beim Öl den Status quo in vollem Maße wiederherzustellen und dadurch mittelfristig das »bequeme« Wirtschaftsmodell zu retten, zu bewahren und sicherzustellen. Schließlich ist der ölverarbeitende Sektor eine Art Kern des Wirtschaftsmodells, das errichtet wurde. Berücksichtigt man die intersektoralen Verbindungen sorgt er für mindestens 8,5 Prozent des BIP. Darüber hinaus ist die Branche von überaus großer Bedeutung für das Ergebnis des Außenhandels (der Export von Ölprodukten generiert rund 30 Prozent der Devisenerlöse) und den Zustand des Devisenmarktes. Schließlich sind die Exportgebühren bei Öl in den letzten Jahren zu einer wichtigen Einnahmequelle für den Haushalt geworden. Sie stellen auch Mittel dar, mit denen externe Anleihen bedient werden können.

Die Regierung hat mit dem Versuch, die Ölverarbeitung und das gewünschte Wirtschaftsmodell zu sichern (der in der Weigerung mündete, russisches Öl zu neuen Preisbedingungen zu erwerben) ein sehr ernstes Hindernis für das Funktionieren der Wirtschaft 2020 geschaffen. Daher steht Belarus im Frühjahr 2020, nachdem

es logischerweise den Weg einer »vertieften Integration« ausgeschlagen hat, vor einer neuen Wegscheide, an der sich die kurz- und mittelfristigen Entwicklungsaussichten der Wirtschaft entscheiden.

Kurz- und mittelfristige Szenarien der wirtschaftlichen Entwicklung in Belarus

Der Umstand, dass Belarus die gewünschten Sonderbedingungen beim Ölhandel nicht erreichen konnte, zwingt die Regierung zu einer systemischen Antwort auf diese Herausforderung. Gegenwärtig zeichnen sich drei Optionen für die mittelfristige Entwicklung ab.

1. Der erste Weg läge in einem prinzipiellen Einverständnis, dass die Branche in absehbarer Zukunft Öl zu Marktpreisen kaufen wird. Das hätte zwei wichtige Folgen. Zum einen dürfte die Ölverarbeitung für den Export aller Wahrscheinlichkeit nach unrentabel werden (berücksichtigt man die langen Transportwege), und es würde notwendig werden, die Produktion entweder spürbar zurückzufahren oder ganz auf den Export von Ölprodukten zu verzichten. Das bedeutet, dass die Ölverarbeitung nicht mehr als Quelle für Devisenerlöse dienen und einen Beitrag zur Festigung der äußeren und fiskalischen Sicherheit leisten könnte. Zweitens würden die Preise auf dem Binnenmarkt ebenfalls Marktniveau erreichen. Das würde dazu führen, dass die Ölverarbeitung nicht mehr als Kern der intersektoralen Wirtschaftsverbindungen dienen kann und für viele Unternehmen und ganze Branchen (u. a. beim Transport, im Großhandel, in der Chemie, der Petrochemie, im Bauwesen, der Energiewirtschaft, in der Lebensmittelproduktion und in der Landwirtschaft) eine beträchtliche Revision der Geschäftsmodelle notwendig werden würde. Anders ausgedrückt: Dieser Weg bedeutete eine grundsätzliche Revision und eine Reform der »Tiefenfundamente« des belarussischen Wirtschaftsmodells. Zur Umsetzung dieser Dinge würden sich für die Regierung zeitliche Spielräume ergeben. In diesem Fall könnte man, nachdem man das Endziel der Befreiung von der Ölabhängigkeit verkündet hat, recht schmerzlos die Bedingungen des russischen Steuermanövers akzeptieren und im Laufe von zwei bis drei Jahren die Reform umsetzen. Darüber hinaus würde dieser Weg den wirtschaftlichen Rückgang mildern, der für 2020 angesichts der zunehmenden Probleme in der globalen Wirtschaft bereits unausweichlich erscheint, und auch die Gefahr des Finanzstresses im laufenden Jahr begrenzen. In diesem Fall wäre es realistisch, für das Jahr 2020 den Rückgang des BIP minimal zu halten (im Bereich von 0 bis 2 Prozent), während gleichzeitig die makroökonomische und finanzielle Stabilität gewahrt bliebe.

2. Der zweite Weg würde bedeuten, dass Belarus versucht, die etablierte Rolle der Ölverarbeitung durch eine Kombination unterschiedlicher Maßnahmen beizubehalten: a) durch eine permanente Suche nach und eine Variierung mit alternativen Ölanbietern zu akzeptablen Bedingungen (indem man etwa die gegenwärtige Stresssituation auf den Ölmärkten ausnutzt); b) durch den Abschluss neuer umfangreicher Abkommen, sowohl auf der rein wirtschaftlichen Ebene (beispielsweise über Öllieferungen zu annehmbaren Preisen im Gegenzug für eine Gewährung von Vorteilen für den Vertragspartner in anderen Sektoren der belarussischen Wirtschaft), wie auch von Abkommen mit einer politischen Komponente; c) durch eine beschleunigte Modernisierung der Raffinerien und möglicherweise deren (teilweise) Neuausrichtung; d) durch einen allmählichen Anstieg der Treibstoffpreise auf dem Binnenmarkt. Mit etwas Glück und politischem Geschick hat dieser Weg Aussicht, das Endziel zu erreichen, nämlich die Sicherstellung der Lebensfähigkeit der Ölverarbeitung und auch der »Tiefenfundamente« der Wirtschaft. Bei ungewissen Aussichten jedoch zieht er eine ganze Reihe zumindest wirtschaftlicher Gefahren nach sich. Erstens setzt er intensive Investitionen in den Sektor voraus, was wiederum eine zusätzliche Belastung der Ölraffinerien und/oder des Haushalts bedeutet. Zweitens ist dieser Weg in Bezug auf die Aussichten für die kurzfristige Entwicklung (2020) der gefährlichste.

Die Einschränkung der Öllieferungen im Jahr 2020 (bei einem Fehlen jedweder Orientierungshilfen für die Zukunft der Branche) stellt bereits jetzt einen erheblichen Schock für die Wirtschaft dar, der praktisch unausweichlich zu einer Rezession im ersten Quartal führen wird. Bei einer Entscheidung für den zweiten Weg würde die Begrenzung und Instabilität der Lieferungen diesen Effekt verlängern. Daher macht dieser Weg eine Rezession 2020

praktisch unausweichlich. Darüber hinaus könnten die ungewissen Zukunftsaussichten zu einem nachhaltig wirksamen Hintergrund für die wirtschaftlichen Akteure werden. Dieser würde die Verbreitung und das Anwachsen negativer Impulse aufs Äußerste begünstigen. Wobei man sich daran erinnern sollte, dass der belarussischen Wirtschaft bereits ein breites Spektrum wunder Punkte eigen ist: die hohe Schuldenlast und die geringe Qualität der Firmenschulden, die geringe Standfestigkeit der Staatsschulden gegenüber einem Wertverfall der nationalen Währung und einer Verlangsamung des BIP-Wachstums, ungewisse Inflationserwartungen und ein starker Übergang zum Dollar auf den Finanzmärkten sowie Beschränkungen für die Geld- und Fiskalpolitik. Somit könnte die Rezession tief ausfallen, lange anhalten und von neuen finanziellen Stresssituationen begleitet werden. Wenn zu diesem Szenario neue externe Schocks hinzukommen, die in der Weltwirtschaft größer werden, könnte das Belarus kurzfristig in einen »perfekten Sturm« führen.

3. Der dritte Weg bedeutete, dass aufgrund politischer Abmachungen und der sich wandelnden Außenwelt die belarussische Regierung mit Hilfe eines neuen politischen Abkommens mit Russland ihr ursprüngliches Ziel erreichen könnte, nämlich die Wiederherstellung der Sonderbedingungen im Ölbereich. Das würde eine Umgehung der Wegscheide ermöglichen und den von der Regierung gewünschten Status quo zurückkehren lassen, kurzfristig und mittelfristig. Angesichts der verkündeten Position Russlands erscheint diese Variante sehr unwahrscheinlich.

Daher können nur die ersten beiden Optionen als realistisch betrachtet werden. Gegenwärtig versucht die Regierung, die unangenehme Entscheidung vor sich her zu schieben, was die Wirtschaft gleichwohl automatisch auf den zweiten Entwicklungspfad treiben wird.

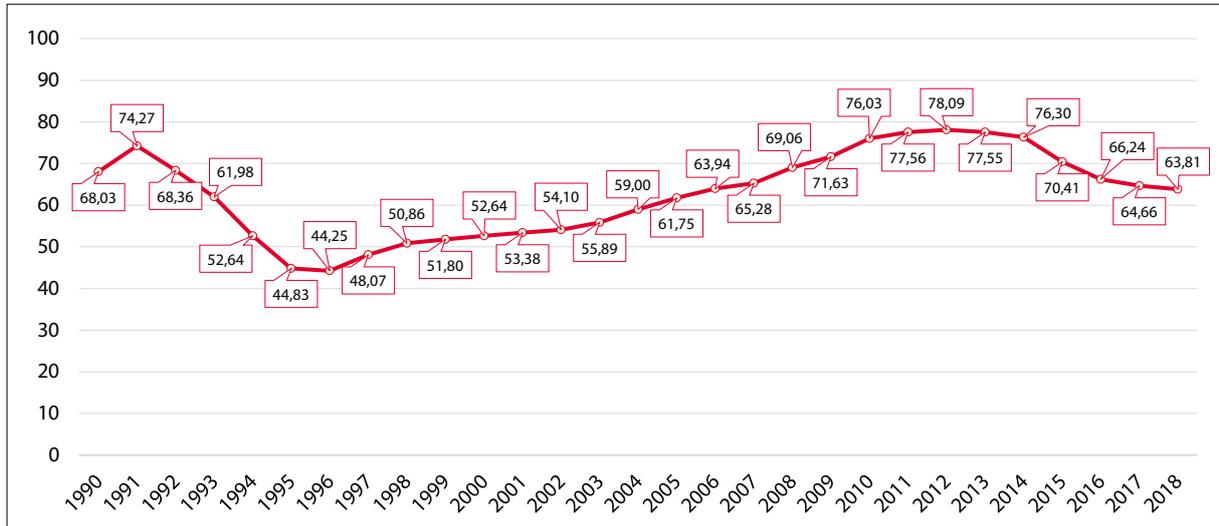
Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Dzmitry Kruk ist Senior Fellow des Forschungszentrums BEROC. Er hat die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Belarussischen Staatlichen Universität in der Fachrichtung Wirtschaftstheorie absolviert. Er verfügt über einen Magisterabschluss im Fach Finanzen und Kreditwesen und hat ein Graduiertenstudium in Wirtschaftstheorie absolviert. Er ist Doktorand der Wirtschaftsuniversität Krakau. Seine Forschungsschwerpunkte sind Fragen der Geldpolitik, des Finanzwesens und des Wirtschaftswachstums.

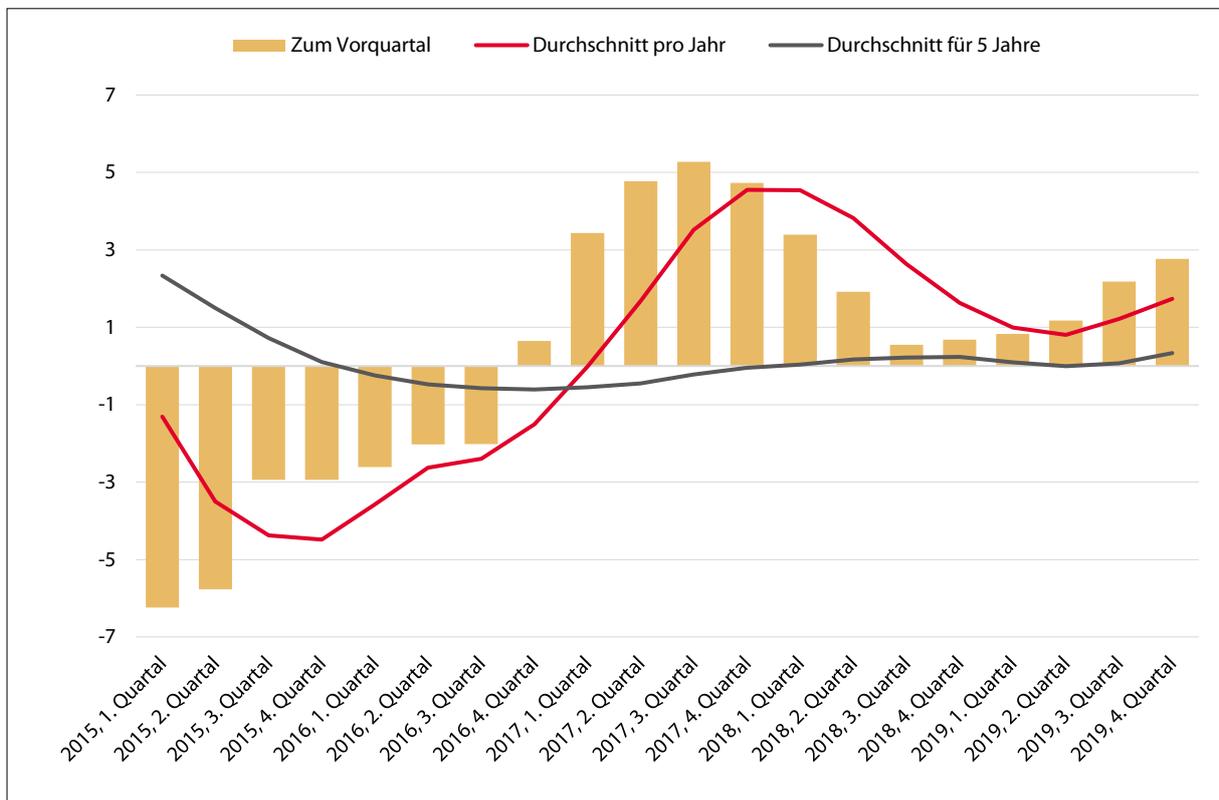
Wirtschaftswachstum in Belarus

Grafik 1: Echtes Wohlergehen in Belarus im Vergleich
(% zum Durchschnitt in mitteleuropäischen und baltischen Ländern)



Quelle: Vom Autor (Dzimtry Kruk) berechnet basierend auf Daten von Belstat, saisonal bereinigt

Grafik 2: BIP-Wachstumsrate in Belarus (%)



Quelle: Vom Autor (Dzimtry Kruk) berechnet basierend auf Daten von Belstat, saisonal bereinigt

Tabelle 1: BIP-Wachstumsrate in Belarus (%)

	Zum Vorquartal	Durchschnitt pro Jahr	Durchschnitt für 5 Jahre
2015, 1. Quartal	-6,24	-1,31	2,34
2015, 2. Quartal	-5,77	-3,50	1,50
2015, 3. Quartal	-2,94	-4,38	0,72
2015, 4. Quartal	-2,94	-4,48	0,10
2016, 1. Quartal	-2,61	-3,57	-0,24
2016, 2. Quartal	-2,02	-2,63	-0,47
2016, 3. Quartal	-2,02	-2,40	-0,57
2016, 4. Quartal	0,65	-1,51	-0,61
2017, 1. Quartal	3,43	-0,02	-0,55
2017, 2. Quartal	4,77	1,68	-0,45
2017, 3. Quartal	5,28	3,52	-0,22
2017, 4. Quartal	4,73	4,55	-0,05
2018, 1. Quartal	3,40	4,54	0,04
2018, 2. Quartal	1,92	3,82	0,17
2018, 3. Quartal	0,55	2,64	0,22
2018, 4. Quartal	0,68	1,63	0,23
2019, 1. Quartal	0,83	0,99	0,09
2019, 2. Quartal	1,18	0,81	0,00
2019, 3. Quartal	2,18	1,21	0,07
2019, 4. Quartal	2,76	1,73	0,34

Quelle: Vom Autor (Dzimtry Kruk) berechnet basierend auf Daten von Belstat, saisonal bereinigt

Belarus und Russland: Perspektiven einer neuen Normalisierung

Valeriya Kostyugova (Redakteurin des Internetportals »Nasche Mnenije«, Minsk)

DOI: [10.31205/BA.049.02](https://doi.org/10.31205/BA.049.02)

Text geschrieben am 2. März 2020

Zusammenfassung

Der belarussisch-russische Ölstreit der vergangenen Monate bestimmt die Agenda der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und stellt die Stabilität der russischen Öllieferungen über Pipelines in die EU in Frage. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Konflikt durch einen Kompromiss gelöst werden, der übrigens vorübergehend und instabil bleiben dürfte, ganz wie die Kompromisse, die nach bisherigen Krisen in den Beziehungen erreicht wurden. Das relative Gewicht der belarussischen Trasse für die russischen Ölexporte wird weiterhin stetig abnehmen, und damit auch die Ölrenten für die belarussische herrschende Klasse. Dieser Prozess wird sich hinziehen. Mit einiger Wahrscheinlichkeit wird Belarus in fünf bis sieben Jahren die Energieträger zu den in der Region üblichen Preisen aus Russland beziehen. In diesem Fall dürfte die russisch-belarussische Integration praktisch gen null gehen, das heißt: Belarus verlöre seinen besonderen Platz in der Liste der Verbündeten Russlands und wäre nur noch ein gewöhnlicher Verbündeter, wie etwa Kasachstan.

Einführung

Russisch-belarussische Energiekriege wegen der Preise für Öl- und Gaslieferungen brechen regelmäßig aus. Der aktuelle Konflikt begann 2018 aufgrund des russischen »Steuermanövers« im Bereich der Ölförderung und -lieferungen. Zuvor hatte sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den Öl- und Gaskonflikt von 2016 konzentriert. Der war wegen der Preise für Öl und Gas ausgebrochen, wobei die Ölkomponente in diesem Konflikt durch die russische Seite als Hebel zur Einflussnahme eingeflochten wurde. Auf jeden Fall war Minsk bestrebt, für sich regional einen Wettbewerbsvorteil hinsichtlich der Preise auf Energieträger zu bewahren (warum sonst würde man eine Integration mit Russland benötigen?). Russland wiederum wollte die Preise auf die nach Belarus gelieferten Energieträger dem regionalen Niveau annähern. Da aber keiner der zuvor erreichten Kompromisse eine der beiden Seiten zufrieden gestellt hatte, legten es eine oder beide Seiten sofort darauf an, das jeweils erreichte Abkommen zu revidieren.

Russisch-belarussische Beziehungen: die Ölkomponente

Der Streit mit Russland über den Preis der Öllieferungen nach Belarus währte von 2018 bis 2019. Bis Ende 2019 hatten Belarus und Russland aber dennoch kein Übereinkommen in dieser Frage erreicht und lediglich einen Lieferumfang von 24 Millionen Tonnen pro Jahr vereinbart. Die beiden Seiten haben keinen neuen Vertrag geschlossen und auch nicht den 2018 und 2019 geltenden Vertrag verlängert. Belarus weigerte sich, die russischen Preisbedingungen zu akzeptieren und erhielt im Januar und Februar 2020 kein russisches Öl durch die »Druschba«-Pipeline.

Der Ölpreis für Belarus wird auf folgende Weise gebildet: Der europäische Durchschnittspreis für die Sorte *Urals* abzüglich Exportgebühren und Transitkosten zuzüglich Lieferprämien in Höhe von 10 US-Dollar pro Tonne. Es ergeben sich mit Stand von Ende Februar 2020 rund 420 US-Dollar. Belarus ist bereit, Öl zu kaufen, allerdings zu einer vereinfachten Formel, nämlich ohne Prämien an die Lieferanten, also für 410 US-Dollar pro Tonne. Dadurch ergeben die Lieferungen über 2 Millionen Tonnen eine Marge von monatlich 20 Millionen US-Dollar. Das ist der wirtschaftliche Preis, um den es in diesem Krieg geht.

Der Grund für diesen Konflikt mag recht unsinnig erscheinen, doch geht es hier nicht nur um konkrete Ziffern, sondern auch um die Prinzipien der Zusammenarbeit in diesem Bereich. Das sogenannte Steuermanöver Russlands im Ölsektor, das im Januar 2019 in Kraft trat, zielt auf einen Anstieg der Haushaltseinnahmen aus der Branche und sieht eine auf fünf Jahre gestreckte Umwidmung von Zahlungen in den Haushalt weg vom Export hin zur Ölförderung vor. Durch die Bedingungen des russischen Steuermanövers erhöht sich jährlich der Ölpreis für Belarus und nähert sich allmählich den Weltpreisen an. Dementsprechend verringern sich die regionalen Wettbewerbsvorteile der belarussischen Wirtschaft. In diesem Kontext wird eine zutiefst wirtschaftliche Frage zu einer politischen, da die derzeitige politische Elite, die grundsätzlich nicht reformorientiert ist, daran interessiert ist, ihre Position als Disponent des Überschusses zu wahren, unter anderem der Ölmenge. Dadurch gerät die Ölkomponente wenn auch nicht zur einzigen, so doch zu einer wichtigen Komponente für das Fortbestehen des belarussischen Regimes.

Wird die russische Seite letztendlich gewisse Zugeständnisse machen, und zwar ausreichende, um die Frage von der Tagesordnung zu nehmen oder in die Zukunft zu verschieben? Hat der Kreml ein Interesse an der Entthronung Lukaschenkas? Das ist nur schwer mit Sicherheit zu sagen, wichtig ist hier aber folgendes: Die größten Ölonternehmen Russlands (etwa *Rosneft*, *Tatneft*, *Lukoil*, *Surgutneftegaz* u. a.) sind nicht dagegen, die Kosten des Steuermanövers zu minimieren, und sie sind somit potenziell bereit, mit Aljaksandr Lukaschenka Abkommen zum beiderseitigen Nutzen abzuschließen. Darüber hinaus sind diese Akteure an der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen über Öllieferungen nach Europa interessiert. Es genügt die Drohung Lukaschenkas vom 17. Februar 2020, dass aus der Transipeline Öl entnommen werden könnte, damit am folgenden Tag Igor Setschin, der Chef von Rosneft, mit der offensichtlichen Absicht nach Minsk kam, um die Frage zu regeln. Schließlich ist die Transitroute durch Belarus optimal für den Öltransport nach Nordeuropa, und Lukaschenka nutzt diesen Faktor unentwegt, um seine Verhandlungsposition bei Streitereien mit Russland zu stärken.

Gaspreise von gleicher Einträglichkeit als Zuckerbrot für Integration

Auch in Bezug auf Gaslieferungen bzw. den Gastransit ist Minsk nicht mit den derzeitigen Preisbedingungen einverstanden, während sie Russland zufrieden stellen.

Belarus kauft Gas nach folgender Formel: Preis für 1000 Kubikmeter im Autonomen Bezirk der Jamal-Nenzen plus Lieferpreis per Pipeline plus ein Aufpreis von *Gazprom* (in dessen Besitz sich die belarussischen Gastransportwege befinden) von 19 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter. Insgesamt sind es 146 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter. Den größten Anteil machen die Transportkosten aus: Die Tarife sind hier hoch, nämlich die gleichen wie für Polen und Deutschland, und der Lieferweg sehr lang (über 2.000 km).

Lukaschenka hat mehrfach erklärt, dass er Gas zu für einen Verbündeten angemessenen Bedingungen kaufen will, und dass er es gerecht fände, wenn einem Verbündeten Gas zu Preisen des Gebietes Smolensk plus Lieferkosten nach Belarus geliefert würde (insgesamt rund 100 USD / 1.000 m³). Früher war Russland auf einen solchen Ansatz bei dieser Frage eingegangen, indem es mehrfach »gleiche« Preise für das Gas nach Belarus versprochen hatte, zuerst im Rahmen des Unionsstaates, dann auf »gemeinsamen Gasmärkten« im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU). Jetzt erklärt die russische Führung, dass es Inlandspreise auf Energieträger nur für Bürger Russlands gibt. Und Belarus müsse, um Energieträger vergünstigt zu erhalten, eine tiefere Integration als jene anstreben, die im Rah-

men der EAWU oder früher im Rahmen des Unionsstaates erreicht wurde.

In den vergangenen 20 Jahren war dies (mindestens) das dritte Versprechen Russlands nach dem Motto »morgens Integration – und abends russische Inlandspreise auf Gas«, das, so ist zu ergänzen, von Moskau nicht gehalten wird. So hatte die belarussische Seite nach dem Verkauf von *Beltransgas* 2011 innerrussische Gaspreise erwartet, sie aber nicht zu sehen bekommen. Nach Angaben Offizieller aus Belarus habe es entsprechende Abmachungen gegeben, doch wurden von niemandem Dokumente vorgelegt, die das bestätigen würden. Auch Gaspreise »gleicher Einträglichkeit« (die beim Verkauf an russische und belarussische Firmen den gleichen Ertrag für *Gazprom* vorsehen) waren Minsk als Anreiz für einen Beitritt zur EAWU 2014 versprochen worden, doch wird die Einführung solcher Preise durch Russland um immer längere Zeit verschoben. Derzeit ist von 2025 die Rede; ab diesem Zeitpunkt sollen die gemeinsamen Gasmärkte der EAWU funktionieren, auf denen der Zugang zu Energieressourcen für alle Mitglieder der EAWU gleich wäre. Das bedeutete, dass die innerrussische Infrastruktur für Akteure in Russland wie auch in Belarus, Kasachstan, Kirgistan und Armenien zu gleichen Preisen arbeitet.

Die belarussische Seite hat sich übrigens die Methoden dieses Spiels zu eigen gemacht und baut seine Vorschläge nach der umgekehrten Formel auf: »morgens Gaspreise gleicher Erträglichkeit – und abends Integration«. Da ein Ende dieses Spiels bislang nicht abzusehen ist, lohnt sich ein kurzer Blick, was eigentlich im Bereich der russisch-belarussischen Integration geschieht.

Reversive Integration

Als 1999 der Vertrag über die Schaffung eines Unionsstaates von Russland und Belarus unterzeichnet wurde, war die Rede von der Verabschiedung einer Verfassungsakte (einer Verfassung des Unionsstaates), der Einführung einer gemeinsamen Währung, der Bildung einer gemeinsamen Regierung und sogar von Souveränitätssymbolen wie einer Hymne, eines Wappens und einer Flagge des Unionsstaates. Daran erinnert sich heute kaum noch jemand. Im Verlauf des nachfolgenden Jahrzehnts wurden die Fragen einer gemeinsamen Währung, einer Verfassungsakte und eines gemeinsamen Energiesystems zwar von Zeit zu Zeit vorangetrieben und von umfassenden Pressekampagnen begleitet, letztendlich aber auf die lange Bank geschoben.

Insgesamt haben sich in den 20 Jahren die Ambitionen der beiden Seiten in Richtung einer Vereinigung stark verringert. Zum einen haben die beiden Seiten seit 2010 immer seltener das Thema gemeinsame Verfassung und gemeinsame Währung angesprochen und es mit Beginn der EAWU 2015 gänzlich eingestellt. Zweitens

wurde der Unionsstaat als Plattform, auf der wichtige praktische Fragen der Zusammenarbeit erörtert werden, de facto in vielem (wenn auch nicht vollkommen) durch die EAWU abgelöst. Doch auch dieser Zusammenschluss war bei der wirtschaftlichen Integration der beiden Länder bisher nicht erfolgreich.

Gerechterweise sollten aber zunächst auch die Erfolge der EAWU als Handelszusammenschluss erwähnt werden. In ihrem Rahmen gelang es Belarus und Russland, bei einer sehr großen Palette von Positionen die Zolltarife und die technischen Produktstandards zu harmonisieren sowie einen Teil der Handelsbarrieren zu beseitigen. Das ist eine wichtige Leistung, wenn man bedenkt, dass sich die Ansprüche der EAWU von Anfang an auf die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten in den Bereichen Handel und Wirtschaft beschränkt hatten. Allerdings blieben in der EAWU rund 500 nicht abgesprochene Handelsbeschränkungen bestehen, worüber Aljaksandr Lukaschenka seinen Unmut äußert. 2020 hat Belarus den Vorsitz in der EAWU inne, und am 27. Februar gab der belarussische Präsident Michail Mjasnikowitsch, dem Vorsitzenden des Kollegiums der Eurasischen Wirtschaftskommission der EAWU, die Anweisung, eine Aufhebung dieser Beschränkungen zu erreichen.

Gleichzeitig bot dieser Handelszusammenschluss Russland und Belarus nicht die Möglichkeit, die Preise auf Energieträger abzustimmen. Dieser Prozess wird wohl kaum im Rahmen der EAWU in nächster Zukunft bewältigt werden können, etwa bis 2024, wie Russland es derzeit verkündet. Das Problem ist, dass die Einführung von Energiepreisen gleicher Erträglichkeit zugunsten von Belarus eine radikale Reform des realwirtschaftlichen Sektors in Russland bedeuten würde, nämlich den Übergang russischer Unternehmen zu Weltpreisen auf Energieträger. Hierzu ist die Wirtschaft Russlands nicht bereit, und sie dürfte auch bis 2025 aller Wahrscheinlichkeit nach nicht bereit sein. Die Industrieunternehmen in Russland, einem Ölland, beabsichtigen keineswegs, auf die bestehende preisliche Vorzugsbehandlung zu verzichten. Und die Lobbyisten aller Branchen versuchen alles in ihrer Macht Stehende, um die Folgen des Steuermanövers zu minimieren. Im Prinzip kann man Lukaschenka mit einen der Branchenlobbyisten vergleichen, er ist zwar nicht als Chef von Öl- oder Agrarunternehmen erfolgreich, aber einflussreicher als die Oberhäupter der Regionen in Russland.

Betrachtet man ihn auf diese Weise, wird klar, warum der Kreml Lukaschenkas aufsehenerregenden Vorstoß 2018 auf der Tribüne der EAWU ernstnehmen musste. Lukaschenka hatte Russland eine Nichterfüllung der Abmachungen über einen Übergang zu Energiepreisen gleicher Erträglichkeit vorgeworfen. Als Antwort erklärte der russische Regierungschef Dmi-

trij Medwedew Ende 2018, dass die Rechtsbasis der EAWU gegenwärtig keine ausreichende Grundlage für einen solchen Übergang biete. Er schlug zudem vor, die Möglichkeit einer »vertieften Integration« im Rahmen des Unionsstaates zu erwägen. Dadurch wurden nach einem Schritt nach vorn zwei Schritte zurück gemacht, hin zu einer Wiederbelebung des Unionsstaates, allerdings in etwas veränderter Form, nämlich gemäß dem neuen »Integrationsprogramm«.

Dieses Programm ist eine »umgekrempelte« Version des Vertrages von 1999. Während der Vertrag von 1999 allgemeine Prinzipien festschreibt, wird das neue Integrationsprogramm von unten nach oben – von Detailfragen zu allgemeinen Fragen – umgesetzt. Oder anders ausgedrückt: In erster Linie werden jene Probleme abgestimmt, bei denen der Widerstand der Lobbygruppen am geringsten ist. Dadurch ergeben sich anstelle einer großen schnellen viele kleine Integrationen. In der Anfangsphase, im Lauf des Jahres 2019, stimmten die beiden Seiten miteinander Roadmaps zur Integration ab. Diese Roadmaps sind Pläne zur Normensetzung in verschiedenen Bereichen (Zollgesetze, Elemente der Steuerpolitik, der Finanzpolitik und zur Regulierung der Bankensphäre usw.). Die Arbeit an den Roadmaps dauerte das ganze Jahr 2019, blieb aber letztendlich aus einem einfachen Grund stecken: Die für Russland und Belarus interessantesten Fragen, nämlich die nach der Preisbildung bei Energieressourcen wurden nicht auf annehmbare Weise gelöst. Es kam zum Ölkonflikt und die Arbeit an der Integration wurde – durchaus logischerweise – ausgesetzt. Die scheinbar technische Frage der Preisbildung bei Energieressourcen wurde wieder einmal zu einer politischen.

Unterdessen waren ja über das gesamte Jahr 2019 hinweg in der belarussischen, russischen und internationalen Presse eine mögliche Annexion von Belarus durch Russland und Pläne des Kreml zur Verlängerung der Machtbefugnisse von Putin nach 2024 mit Hilfe des Unionsstaates thematisiert worden. Ob es solche Pläne gab, ob sie weiterhin auf der Agenda des Kreml stehen, ist nur schwer mit Sicherheit zu sagen. Klar ist nur, dass die Wiederbelebung des Unionsvertrages mit dem Ölkonflikt 2018 begann und mit dem jüngsten Konflikt 2020 aufhörte. Allerdings werden sogar in den komplizierten russisch-ukrainischen Beziehungen heikle Fragen in Bezug auf Energielieferungen gelöst. Offensichtlich muss jenen Experten Recht gegeben werden, die der Ansicht sind, dass bei allen erklärten globalen Ambitionen Russlands – Krim, Ukraine, Syrien, Weltraumstreitkräfte und Kolonien in der Arktis – die Möglichkeiten hierfür durch die Interessen der Eliten dort eingeschränkt werden. Diese Interessen wiederum spiegeln sich in der Struktur des russischen Exports wider, der zu mehr als der Hälfte von Öl und Gas abhängt.

Perspektiven für eine Lösung des Konflikts

Aufgrund einer Untersuchung der russisch-belarussischen Beziehung lässt sich schlussfolgern, dass der Streit über Öl und Gas sowie über Formen der Integration mindestens die nächsten fünf Jahre aktuell bleiben wird. Keines der jetzt erreichten oder in Zukunft abgeschlossenen Abkommen – in allen Richtungen, auch über Öl und Gas – wird nachhaltig und unerschütterlich sein können: Die beiden Seiten werden bestrebt sein, alte Verträge zu revidieren und neue abzuschließen.

Was die Frage des Öls betrifft, so hat es Belarus mit Stand von Anfang März 2020 vermocht, Lieferabkommen über ein Gesamtvolumen von einer Million Tonnen zu erreichen. Das ist die Hälfte des 2019 vereinbarten Lieferplans über zwei Millionen Tonnen monatlich. Dieses Abkommen ist offensichtlich ein provisorisches, weil es nicht die größten russischen Anbieter (die oben erwähnten großen fünf) betrifft. Dafür, dass das Abkommen für beide Seiten nicht zufriedenstellend ist, spricht auch, dass weder Einzelheiten des Abkommens noch die beteiligten Akteure bekannt gegeben werden.

Selbst dann, wenn ein grundlegendes Abkommen abgeschlossen werden sollte – unter Beteiligung der russischen Ölgiganten –, dürfte es dennoch nicht länger als zwei Jahre in Kraft bleiben, weil sich in zwei Jahren der Kontext der Zusammenarbeit im Ölbereich verändern haben wird. Russland orientiert sich einerseits ständig an der Konjunktur der Ölpreise und andererseits an einer Zunahme seiner Transportkapazitäten. Dabei ist die herrschende Klasse in Russland permanent genötigt, die »Liberalisierung« aufzuschieben, also den Übergang der Unternehmen auf regionale, gleichermaßen einträgliche Energiepreise, und zwar auf Druck der Branchenlobbyisten und auch wegen politischer Risiken. Belarus wiederum liegt mit einer »Liberalisierung« gegenüber Russland um mindestens 5–7 Jahre zurück. Das Land ist außerordentlichem Maße an der Ölrente interessiert, also an der Weiterleitung der Einnahmen aus der Ölverarbeitung zugunsten des defizitären Staatssektors. Folglich wird Belarus im Ölspiel mit Russland unweigerlich auf eine Preissenkung hinarbeiten.

Die Zunahme alternativer Transitkapazitäten in den kommenden fünf Jahren wird Russland nicht zu einer Unabhängigkeit von belarussischen Transitrouten verhelfen. Auch wenn sich das relative Gewicht der Route durch Belarus am russischen Öllexport weiterhin verringern wird, bleibt sie dennoch ein Faktor, der berücksichtigt werden muss, und durch den die Preisforderungen von Minsk nicht ohne weitere Erörterung zurückgewiesen können. Die Ölrente für die belarussische Elite wird sich natürlich verringern, allerdings nicht schnell und nicht zielstrebig.

Neben anderem ist die Kremlstrategie eines Profizits an Transportkapazitäten und einer Umgehung von Transitländern mit einem gewissen Fehler behaftet: Die mit dem russischen Staat assoziierten Rohstoffunternehmen

sind auf der Makroebene (auf der Ebene der strategischen Planung) an globalen Projekten interessiert, also an alternativen Routen und umfangreichen Haushaltsmitteln zur Erschließung von Mega-Projekten. Auf der Mikroebene (der Partikularinteressen der Managementspitze) sind sie auf relative geringe, doch sehr verführerische Einnahmen aus, die nur schwer aufzutreiben sind. Das bedeutet, dass die russischen Ölonternehmen im Prinzip an separaten Deals mit Lukaschenka interessiert sein dürften.

Was die Gasfrage angeht, so bewahrt sich Belarus hier, wie beim Öl, im Vergleich zu anderen Ländern der Region einen gewissen Preisvorteil, den es in absehbarer Zeit wohl kaum vollständig verlieren wird. Allerdings sind die Verhandlungspositionen der belarussischen Seite hier schwächer als beim Öl. Zum einen ist *Gazprom* leichter durch den Kreml zu steuern als die russischen Ölonternehmen. Zweitens ist *Gazprom* der einzige Eigner der Gastransportkapazitäten in Belarus. Und es ist *Gazprom*, das die Preise festlegt. Daher werden in den nächsten fünf Jahren die Preisbedingungen beim Gas für Belarus günstiger bleiben als für die anderen Länder der Region; allerdings dürften diese Vorteile aufgrund der Streitereien tendenziell geringer werden.

Aufgrund der spezifischen wechselseitigen Abhängigkeit von Belarus und Russland im Bereich der Öl- und Gaslieferungen und einer erheblichen Anzahl anderer gemeinsamer Interessen, unter anderem bei der Verteidigung, beim Festlandstransit, beim Arbeitsmarkt etc. wird keine der beiden Seiten bereit sein, in absehbarer Zukunft auf das Projekt Unionsstaat zu verzichten. Gleichzeitig sind Belarus und Russland aber immer weniger bereit, sich beim Aufbau des Unionsstaates voran zu bewegen. Daher wird der Streit über Formen und Bedingungen der Integration weitergehen.

Die 2020 anstehenden Präsidentschaftswahlen in Belarus und die Verfassungsänderungen in Russland werden den Beziehungen mehr Schärfe verleihen. Vor jeder Präsidentschaftswahl spitzt sich üblicherweise der Streit mit Russland zu. Einerseits ist Lukaschenka bestrebt, seine Reputation als fürsorglicher Landesherr aufzufrischen, und im Streit mit Putin gelingt das besser als in der realen Wirtschaft. Andererseits greift der Kreml zu Medienattacken und Sabotage, um die Verhandlungspositionen Lukaschenkas zu schwächen. Bei den jetzigen Präsidentschaftswahlen wird Russland, das medial über einen erheblichen Einfluss in Belarus verfügt, bestrebt sein, Lukaschenkas Reputation eines aufrichtigen Verbündeten und effektiven Wirtschafters zu untergraben. Weitergehende Ziele, etwa die Aufstellung eines prorussischen Präsidentschaftskandidaten, wird der Kreml nicht erreichen können.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Informationen über die Autorin finden Sie auf der nächsten Seite.

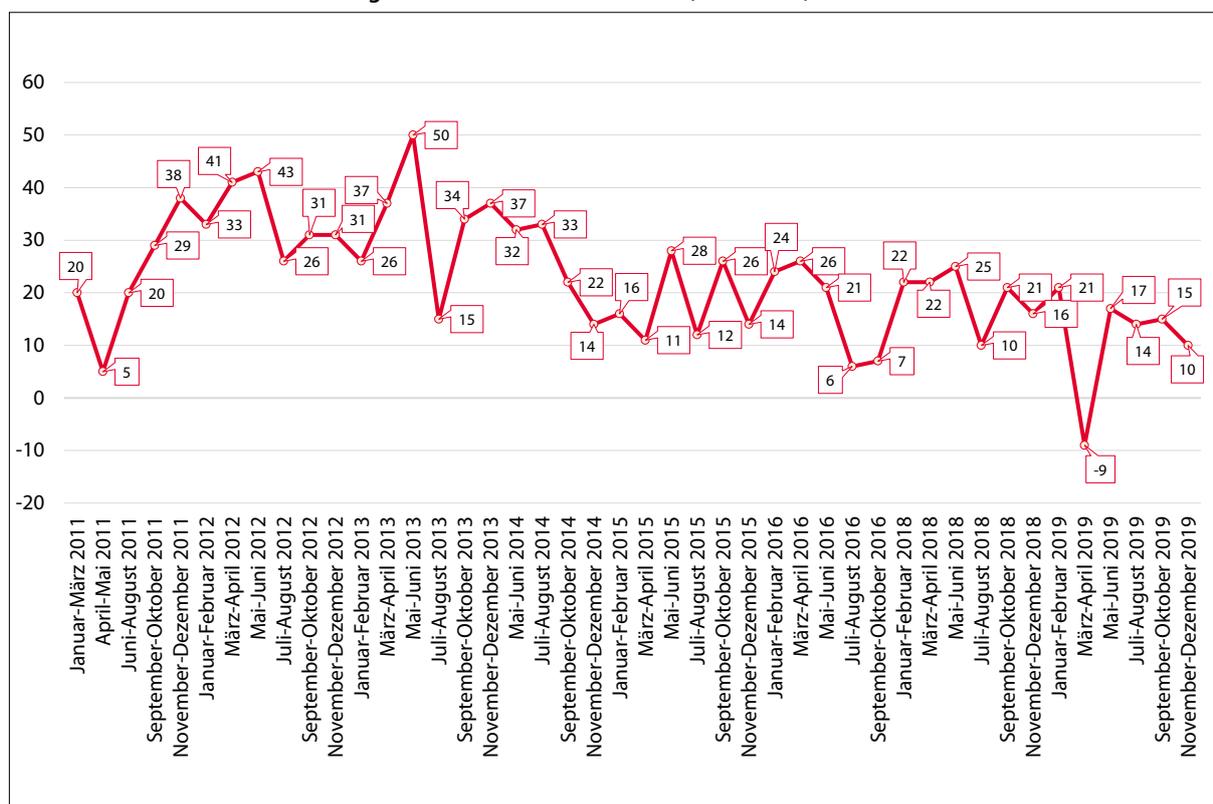
Über die Autorin

Valeriya Kostyugova ist Politologin und Expertin für russisch-belarussische Beziehungen und die Entwicklung des Parteiensystems in Belarus. Sie ist seit 2009 als Redakteurin der Internetseite für belarussische Experten *Nasche Mnenije*, seit 2008 des alljährlichen Sammelbandes *Belarusian Yearbook (Belarusskij Jeschegodnik)*, und seit 2011 des Internetportals *Belarus in focus* tätig.

STATISTIK

Politische Beziehungen mit Russland

Grafik 1: Indices der Beziehungen von Belarus mit Russland* (2011–2019)

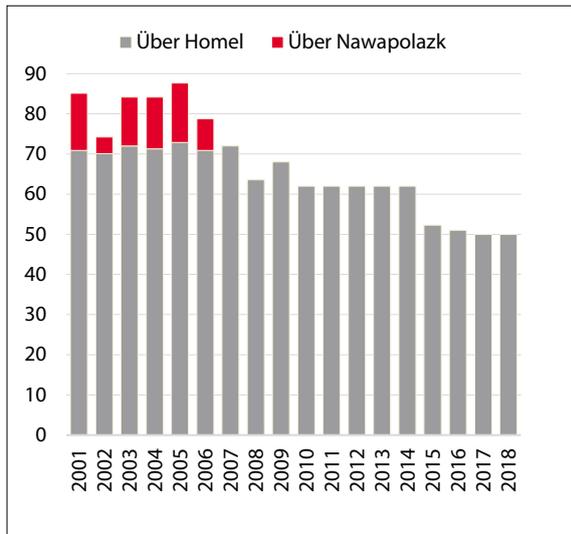


* Je höher der Wert, desto positiver die Dynamik der beidseitigen Beziehungen

Quelle: Daten von Belarus Foreign Policy Index (BISS) und Minsk Barometer (Minsk Dialogue), <https://belinstitute.com/en/analyticscomments/belarus-foreign-policy-index>, <http://minskdialogue.by/programs/vneshniaia-politika-belarusi>

Wirtschaftsbeziehungen mit Russland: Öl und Gas

Grifik 1: Öltransit über Belarus aus Russland (Mio t)



Quelle: Ne tot konec Druzhyby, <https://nmbny.eu/news/analytics/6850.html>

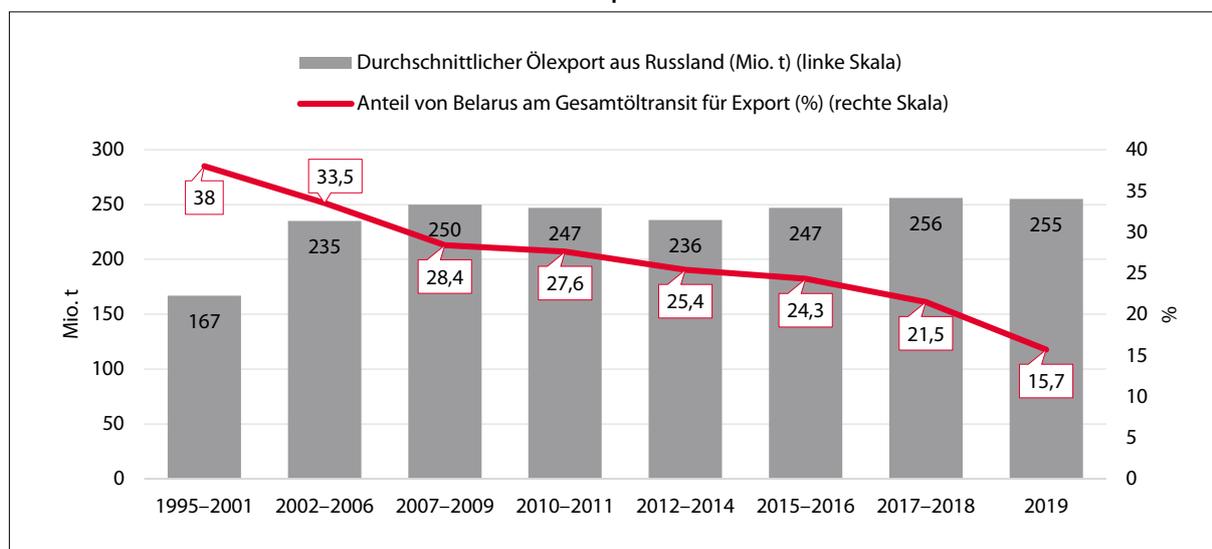
Jahr	Insgesamt	Über Homel	Über Nawapolazk
2001	85,1	70,9	14,2
2002	74,2	70,1	4,1
2003	84,2	72	12,2
2004	84,2	71,3	12,9
2005	87,7	72,9	14,8
2006	78,7	70,9	7,9
2007	72	72	0
2008	63,6	63,6	0
2009	68	68	0
2010	62	62	0
2011	62	62	0
2012	62	62	0
2013	62	62	0
2014	62	62	0
2015	52,3	52,3	0
2016	51	51	0
2017	50	50	0
2018	50	50	0

Karte 1: Öltransitpipelines durch Belarus



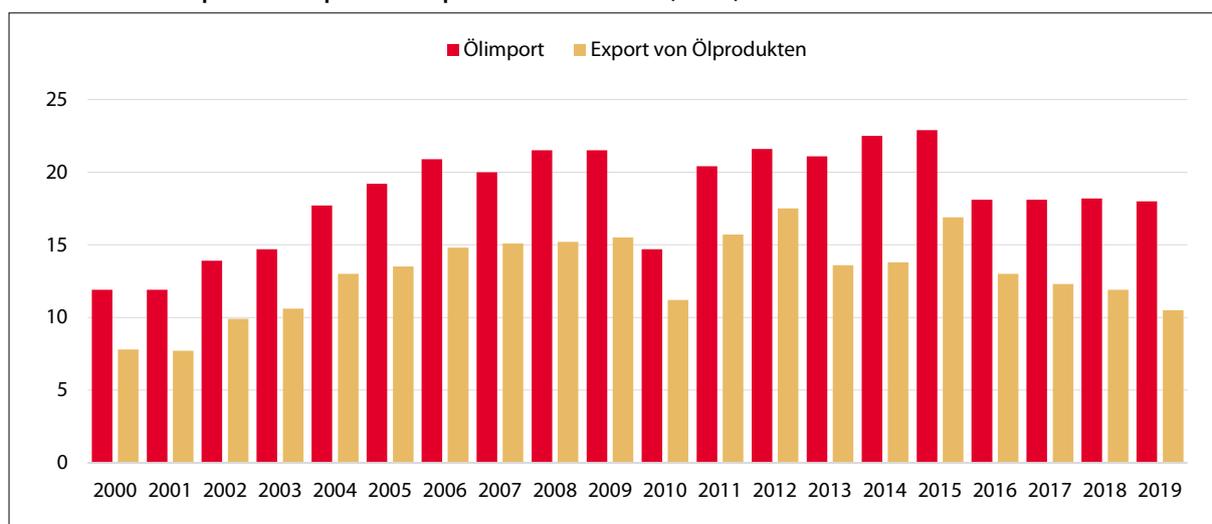
Karte erstellt in QGIS von der Forschungsstelle Osteuropa mit Geodaten von Openstreetmap, <https://www.openstreetmap.de/>, GADM, <https://gadm.org/> und <https://tools.wmflabs.org/geohack/>

Grafik 2: Belarus als Transitland für russische Erdölexporte



Quelle: Ne tot konec Druzhyby, <https://nmnby.eu/news/analytics/6850.html>

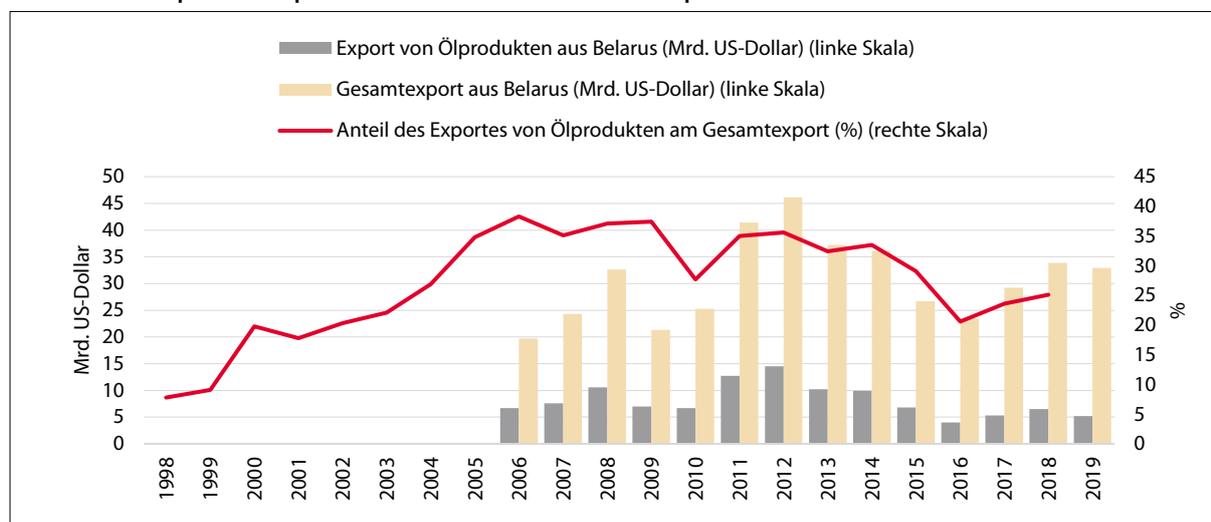
Grafik 3: Ölimport und Export von Ölprodukten in Belarus (Mio. t)



Jahr	Ölimport	Export von Ölprodukten
2000	11,9	7,8
2001	11,9	7,7
2002	13,9	9,9
2003	14,7	10,6
2004	17,7	13
2005	19,2	13,5
2006	20,9	14,8
2007	20	15,1
2008	21,5	15,2
2009	21,5	15,5

Jahr	Ölimport	Export von Ölprodukten
2010	14,7	11,2
2011	20,4	15,7
2012	21,6	17,5
2013	21,1	13,6
2014	22,5	13,8
2015	22,9	16,9
2016	18,1	13
2017	18,1	12,3
2018	18,2	11,9
2019	18	10,5

Quelle: Kuda priwela sawisimost belorusskoj ekonomiki ot nefti, <https://news.tut.by/economics/674051.html>

Grafik 4: Export von Ölprodukten aus Belarus und Gesamtexport

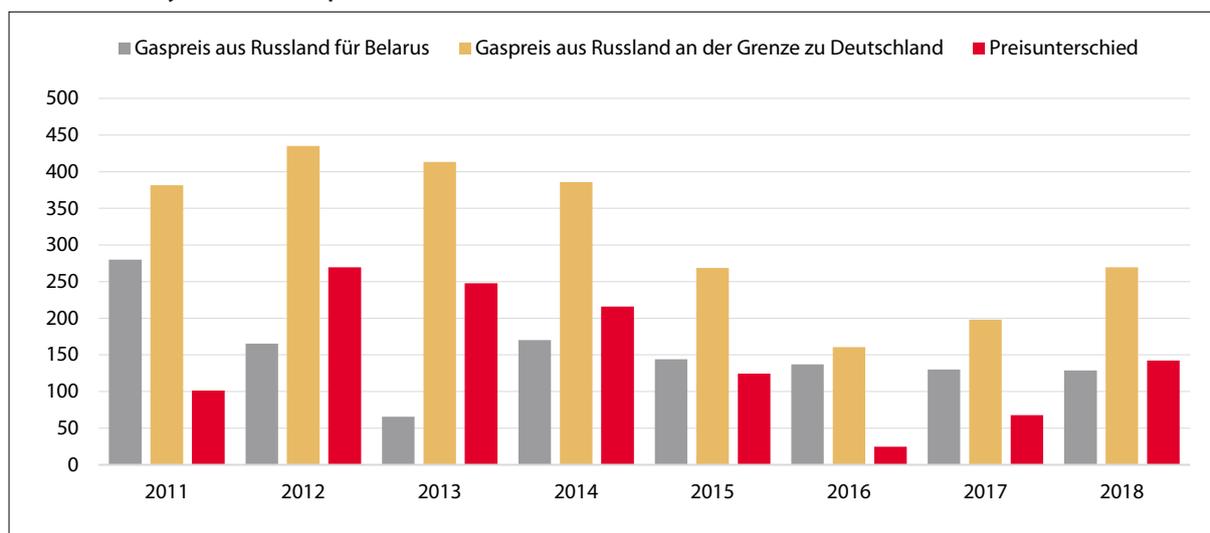
Jahr	Export von Ölprodukten aus Belarus (Mrd. US-Dollar) (linke Skala)	Gesamtexport aus Belarus (Mrd. US-Dollar) (linke Skala)	Anteil des Exportes von Ölprodukten am Gesamtexport (%) (rechte Skala)
1998	k. a.	k. a.	7,8
1999	k. a.	k. a.	9,1
2000	k. a.	k. a.	19,8
2001	k. a.	k. a.	17,8
2002	k. a.	k. a.	20,3
2003	k. a.	k. a.	22,1
2004	k. a.	k. a.	26,9
2005	k. a.	k. a.	34,8
2006	6,7	19,7	38,3
2007	7,6	24,3	35,1
2008	10,6	32,6	37,1
2009	7	21,3	37,4
2010	6,7	25,3	27,7
2011	12,7	41,4	35
2012	14,5	46,1	35,6
2013	10,2	37,2	32,4
2014	9,9	36,1	33,5
2015	6,8	26,7	29,1
2016	4	23,5	20,6
2017	5,3	29,2	23,6
2018	6,5	33,9	25,1
2019	5,2	32,9	k. a.

Quelle: Kuda priwela sawisimost belorusskoj ekonomiki ot nefti, <https://news.tut.by/economics/674051.html>

Tabelle 1: Indikatoren des Ölimportes aus Russland in Belarus und des Exportes von Ölprodukten aus Belarus weltweit

Jahr	Volumen des Ölimportes (Mio. t)	Importpreis (Mrd. US-Dollar)	Ölpreis (US-Dollar/t)	Preis von Öl aus Russland am Weltmarkt (US-Dollar/t)	Volumen des Exportes von Ölprodukten (Mio. t)	Einnahmen vom Export von Ölprodukten (Mrd. US-Dollar)	Preis von Ölprodukte (US-Dollar/t)
2012	20,2	8,039	398	822,7	17,49	14,5	829,17
2013	21,17	8,188	386,8	826,9	13,56	10,15	748,76
2014	22,5	7,625	338,9	820	13,76	9,85	715,98
2015	22,9	5,663	247,3	720	16,58	6,83	403,5
2016	18,1	3,475	192	363,9	13	4,04	311
2017	18	5,292	294	388,7	12,3	5,34	434,14
2018	18,2	6,800	373,6	513,17	11,9	6,5	546,2

Quelle: Energetičeskij sektor: na poroge neopredelennosti, <https://nmnby.eu/yearbook/2019/page26.html>

Grafik 5: Dynamik der Gaspreise für Belarus aus Russland und an der Grenze zu Deutschland (US-Dollar/1000 m³)

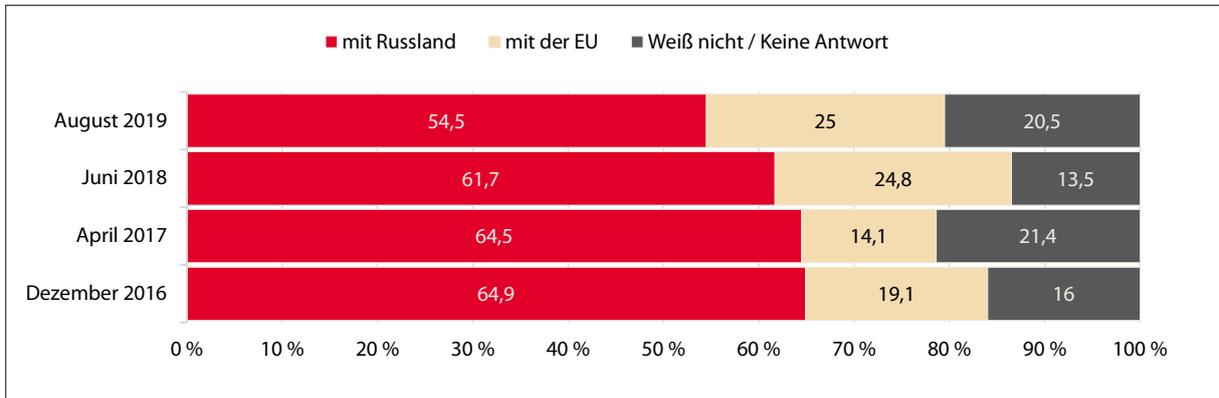
Jahr	Gaspreis aus Russland für Belarus	Gaspreis aus Russland an der Grenze zu Deutschland	Preisunterschied
2011	280	381,48	101,48
2012	165,5	435,23	269,4
2013	65,5	413,3	247,8
2014	170	386	216
2015	144	268,63	124,63
2016	137	160,63	24,63
2017	130	197,9	67,9
2018	129	269,42	142,42

Quelle: Energetičeskij sektor: na poroge neopredelennosti, <https://nmnby.eu/yearbook/2019/page26.html>

UMFRAGE

Umfragen des Belarusian Analytical Workroom

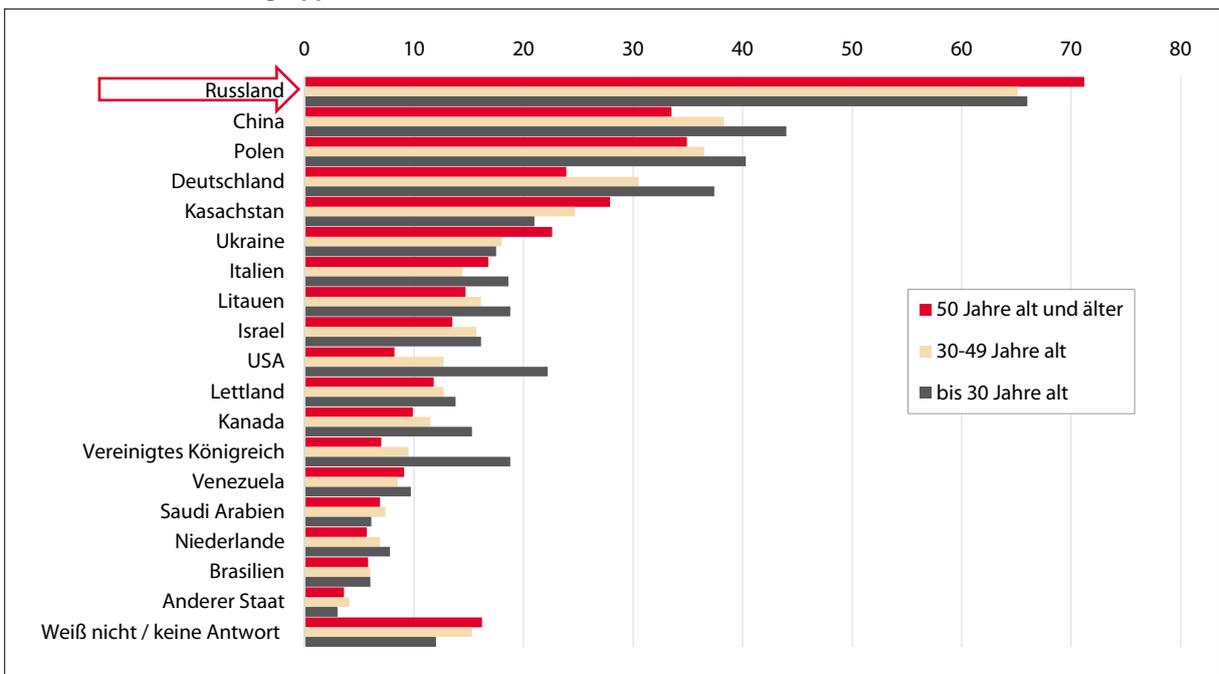
Grafik 1: In welcher Union wäre es besser – in der EU oder in einer Union mit Russland? (%)



Quelle: Opros: 14% belorusow chotjat w JeS, 65% predpotschitajut integraciju s Rossiej, <https://thinktanks.by/publication/2017/05/20/opros-14-hotyat-v-es-65-predpochitajut-integratsiju-s-rossiej.html>; Daten von Andrej Wardamackij (Belarusian Analytical Workroom)

Umfrage des Russisch-belarussischen Expertenclubs und des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften von Belarus

Grafik 2: Mit welchen Staaten soll Belarus Ihrer Meinung nach seine Wirtschaftskooperation stärken? (2018, %, nach Altersgruppen)



Quelle: Wosprijatije beloruskoj molodeshju sojusa s Rossiej menjajetsja – soziologi, https://eurasia.expert/vospriyatje-soyuznogo-gosudarstva-molodezhyu-belarusi-menyaetsya-beloruskiy-sotsiolog/?fbclid=IwAR3-2H_Wsy-t6XfRCkrusiHwgRGtmQ6mZOEYHqq18kM4liDhDA9RsriFdWc

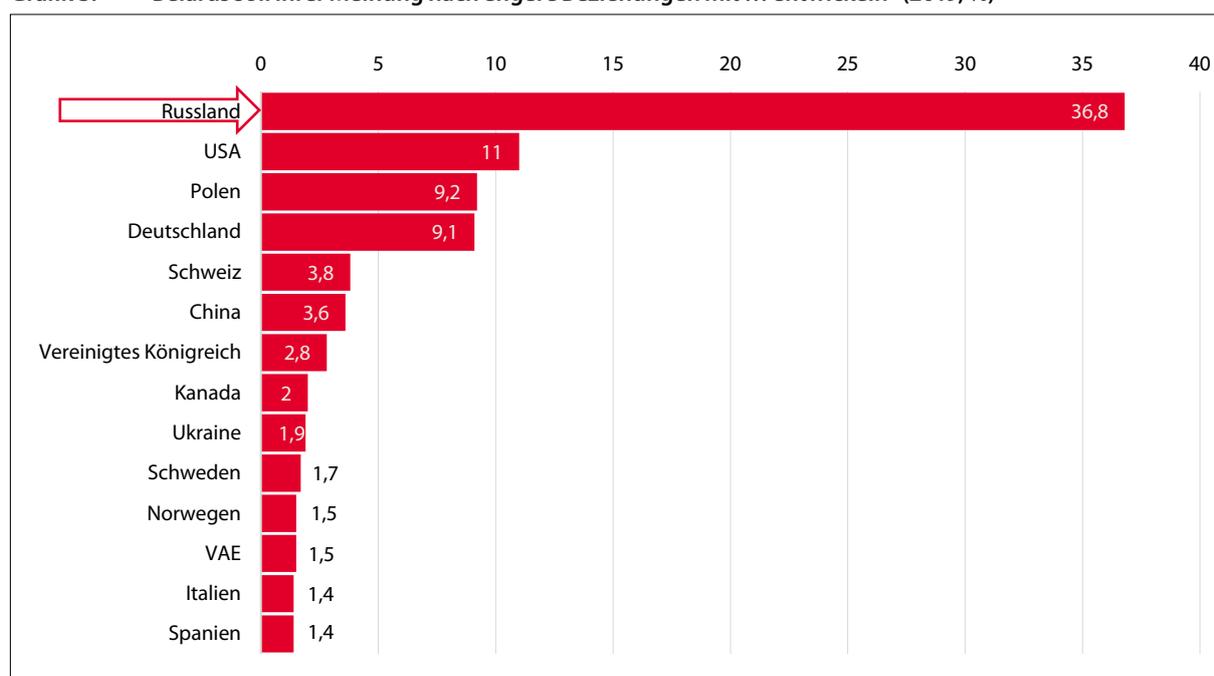
Tabelle 1: Mit welchen Staaten soll Belarus Ihrer Meinung nach seine Wirtschaftskooperation stärken? (2018, %, nach Altersgruppen)

	50 Jahre alt und älter	30–49 Jahre alt	bis 30 Jahre alt
Russland	71,2	65,1	66
China	33,5	38,3	44
Polen	34,9	36,5	40,3
Deutschland	23,9	30,5	37,4
Kasachstan	27,9	24,7	21
Ukraine	22,6	18	17,5
Italien	16,8	14,4	18,6
Litauen	14,7	16,1	18,8
Israel	13,5	15,7	16,1
USA	8,2	12,7	22,2
Lettland	11,8	12,7	13,8
Kanada	9,9	11,5	15,3
Vereinigtes Königreich	7	9,5	18,8
Venezuela	9,1	8,5	9,7
Saudi Arabien	6,9	7,4	6,1
Niederlande	5,7	6,9	7,8
Brasilien	5,8	6	6
Anderer Staat	3,6	4,1	3
Weiß nicht / keine Antwort	16,2	15,3	12

Quelle: *Wosprijatije belorusskoj molodeshju sojusa s Rossiej menjajetsja – soziologi*, https://eurasia.expert/vosprijatie-soyuznogo-gosudarstva-molodezhyu-belarusi-menyaetsya-belorusskiy-sotsiolog/?fbclid=IwAR3-2H_Wsy-t6XfRCkruslHwgRGtmQ6mZOEYHqq18kM4liDhDA9RsrifdWc

Umfrage des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)

Grafik 3: Belarus soll Ihrer Meinung nach engere Beziehungen mit ... entwickeln* (2019, %)



* Befragt wurden junge Menschen zwischen 16 und 34 Jahren, die in Gebietshauptstädten (zwischen 300.000 und 500.000 Einwohner) sowie in der Hauptstadt Minsk wohnen

Quelle: Félix Krawatzek: *Youth in Belarus: Outlook on life and political attitudes*, ZOiS Report 5 / 2019, https://www.zois-berlin.de/fileadmin/media/Dateien/ZOiS_Reports/ZOiS_Report_5_2019.pdf

Covid-19-Chronik, 24. März – 12. April 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
24.03.2020	81/0	Die Pressesprecherin des Präsidenten, Natallja Ejsmant, erklärt, die Coronavirus-Pandemie habe keinen Einfluss auf den Arbeitsplan von Präsident Aljaksandr Lukaschenka, der es verboten hat, besondere medizinische Maßnahmen in seiner Arbeitsresidenz durchzuführen, und sich mit einem Handschlag begrüßen lässt.
25.03.2020	86/0	Eine Online-Konferenz unter Beteiligung von Gesundheitsminister Uladsimir Karanik wird abgehalten. In Belarus sei keine Quarantäne notwendig, weil die Messung der Körpertemperatur von Einreisenden und die Überwachung von Kontakten »ersten und zweiten Grades« stattfindet; in Universitäten sei keine Quarantäne nötig, weil Studenten nach Hause fahren würden; es würden keine Städte mit Covid-19 Infizierten genannt, um eine Einmischung von Journalisten in das Privatleben der Patienten zu vermeiden; Kirchen würden nicht geschlossen, weil in Belarus Kirchen vom Staat getrennt seien. Dazu erklärt Karanik, dass romantische Begegnungen für positive Emotionen sorgten, da durch eine Stärkung des Immunsystems die Resistenz gegen virale Angriffe erhöht werden könne.
25.03.2020	86/0	Laut Gesundheitsminister Uladsimir Karanik gibt es in Belarus 25 Beatmungsgeräte pro 100.000 Einwohner (unter Berücksichtigung aller Anästhesie-Atemgeräte seien es 38); zum Vergleich nennt er Zahlen für die USA und Italien: 12,9 bzw. 8,8.
25.03.2020	86/0	Personen, die aus Ländern einreisen, in denen Fälle einer Covid-19-Infektion registriert sind, müssen für eine Dauer von 14 Kalendertagen ab dem Datum der Ankunft in Belarus selbstisolierend zu Hause bleiben.
26.03.2020	86/0	Laut der Stellvertretenden Gesundheitsministerin Jelena Bohdan sei Belarus mit den notwendigen Arzneimitteln für mindestens sechs Monate ausgestattet.
26.03.2020	86/0	In Belarus startet die Bürgerinitiative »Bycovid19«: Ehrenamtliche sammeln Spenden in Belarus und im Ausland und organisieren auf Anfragen von Krankenhäusern landesweit den Einkauf und die Bestellung von notwendigen Schutzmitteln für Ärzte und weiteres medizinisches Material.
27.03.2020	94/0	Präsident Aljaksandr Lukaschenka besucht eine Fabrik in der Region Minsk. Er spricht über die Aussage des Präsidenten der USA, Donald Trump, der er zustimmt: »Wegen Quarantäne-Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Covid-19 werden mehr Menschen aufgrund der Arbeitslosigkeit sterben, als durch das Virus selber«. Das Coronavirus werde in zwei–drei Monaten vorbei sein, so Lukaschenka. »Jetzt verstehen Sie, warum in Belarus keine Unternehmen geschlossen wurden«, erklärt Lukaschenka.
27.03.2020	94/0	Das Gesundheitsministerium erklärt, dass die Anzahl der Covid-19-Infizierten in Belarus niedriger als in der EU sei u. a. dank der Beibehaltung des epidemiologischen Dienstes aus der Zeit der UdSSR sowie dank der Strategie der Isolierung von Kontakten »ersten Grades«.
28.03.2020	94/0	Präsident Aljaksandr Lukaschenka erklärt in einem Interview während eines Eishockeyspiels, dass es keine Viren auf dem Eis gebe (»Oder hast du bemerkt, dass sie [die Viren] hier rumfliegen?«). Lukaschenka erklärt weiter: »Es ist besser, im Stehen zu sterben, als auf den Knien zu leben«.
30.03.2020	152/0	Der Belarussische Journalistenverband und das Nachrichtenportal tut.by rufen die Behörden zur Verbesserung der Informationspolitik zum Coronavirus auf.
31.03.2020	152/1	Der erste offizielle Todesfall durch/mit Covid-19 in Wizebsk wird vorläufig bestätigt.
31.03.2020	152/1	Gesundheitsminister Uladsimir Karanik reist nach Wizebsk, um die Situation mit Covid-19 zu analysieren.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
31.03.2020	152/1	Präsident Aljaksandr Lukaschenka kommentiert die Situation in Wizebsk, wo nach offiziellen Angaben die erste Person durch/mit Covid-19 verstorben ist: »Ich sage nicht, dass es dort eine Art Katastrophe gibt. Es ist nur so, dass die Region Wizebsk immer ein anderes Klima hat, und dieser Höhepunkt der Inzidenz sich ein wenig verschoben hat.« Der Präsident weist dazu auf ein »gewisses Misstrauen den Behörden gegenüber zum Thema Coronavirus« hin und bittet die Stellvertretende Vorsitzende des Rates der Republik der Nationalversammlung von Belarus, Natallja Katschanawa, den Besuch einer WHO-Delegation nach Belarus zu organisieren.
31.03.2020	152/1	Der Ausschuss für Menschenrechte, nationale Beziehungen und Medien des Repräsentantenhauses der Nationalversammlung von Belarus stellt fest, dass es an zuverlässigen Informationen zum Thema Covid-19 in Belarus fehlt; das Thema solle in den staatlichen Medien offener und ausführlicher behandelt werden. »Man darf das Vertrauen in staatliche Informationsquellen nicht verlieren«, erklärt der Abgeordnete Hennadz Dawydska.
31.03.2020	152/1	Präsident Aljaksandr Lukaschenka äußert sich über die nach offiziellen Angaben erste durch/mit Covid-19 verstorbene Person: »Er wird morgen 80 Jahre alt [die Person war 75 Jahre alt; d. Red.], was gehst du diese Straße entlang und, umso mehr, wieso arbeitest du? [...] Man muss auf sich aufpassen. Und wenn die Menschen es nicht verstehen, dann werden wir nichts machen können.«
01.04.2020	215/2	Die Vorsitzende des Rates der Republik der Nationalversammlung von Belarus, Natallja Katschanawa, erklärt, Belarus unternehme alles, um die Folgen der Virusverbreitung zu minimieren. »Wir verstecken nichts. Es wird alles getan, um die Verluste für die Bevölkerung und für das Land zu minimieren.« so Katschanawa.
01.04.2020	215/2	Der Vertreter der WHO in Belarus, Batyr Berdyklytschew, erklärt in einem Kommentar für das Nachrichtenportal tut.by, dass das belarussische Gesundheitsministerium die Informierung der Bürger über die Situation mit Covid-19 verbessern sollte. »Mangel an Informationen kann Angst auslösen«, so Berdyklytschew.
01.04.2020	215/2	Der litauische Präsident Gitanas Nausėda erklärt, dass den offiziellen Informationen über die Situation mit Covid-19 in Belarus nicht vertraut werden sollte. Nausėda zufolge werde der Ausbruch des Coronavirus in Belarus dort »entspannt« wahrgenommen und die Situation im Land sei viel schlimmer als die Behörden berichten. Das belarussische Außenministerium bittet offizielle Stellen in Litauen, spezifische Informationen über Ausbrüche auf dem belarussischen Hoheitsgebiet und Todesfälle, die der litauischen Seite bekannt sind, zur Verfügung zu stellen.
01.04.2020	215/2	In Minsk treffen humanitäre Hilfslieferungen aus China ein.
01.04.2020	215/2	Aktive Fans des Fußballklubs »Njoman« Hrodna fordern den Leiter des belarussischen Fußballverbandes dazu auf, die nationale Meisterschaft aufgrund der epidemiologischen Situation zu stoppen.
02.04.2020	304/4	Das Gesundheitsministerium gibt bekannt, dass auch Patienten mit mittelschwerer Lungenentzündung auf Covid-19 getestet werden (zuvor betraf das nur Patienten mit schwerer Lungenentzündung).
02.04.2020	304/4	Der Metropolit von Minsk und Saslawl patriarchale Exarch von ganz Belarus, Pawel, fliegt in einem Helikopter die Landesgrenzen entlang. Die Teilnehmer der Luftprozession beten, um die Ausbreitung der Covid-19-Infektion zu stoppen.
02.04.2020	304/4	Präsident Aljaksandr Lukaschenka nimmt an, dass globale Akteure die Krise, die durch den Ausbruch des Coronavirus verursacht wird, für ihre eigenen Zwecke nutzen können – und zwar, für eine neue Aufteilung der Welt.
02.04.2020	304/4	Die Außenministerin von Schweden, Anne Linde, und der belarussische Außenminister Uladsimir Makej besprechen telefonisch »solidarische Ansätze« beider Länder zur Bekämpfung der Verbreitung von Covid-19.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
02.04.2020	304/4	Es wird eine Anweisung für die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen erlassen, um die Einhaltung der Selbstisierungsmaßnahmen durch Personen sicherzustellen, die aus Ländern, in denen Fälle von Covid-19-Infektionen registriert sind, nach Belarus gekommen sind. Wer gegen gegen die Selbstisolation verstößt, kann unter Zwang ins Krankenhaus eingeliefert werden.
03.04.2020	351/4	Eine Quarantäne könnte die belarussische Gesellschaft spalten, weil nicht alle von zu Hause arbeiten können, erklärt Präsident Aljaksandr Lukaschenka. Zudem berichtet er über einen allgemeinen Rückgang der Todesfälle in Belarus sowie einen allgemeinen Rückgang bei Lungenerkrankungen.
03.04.2020	351/4	Laut Angabe vom belarussischen Gesundheitsministerium ist die Anzahl der Lungenentzündungen in Belarus im Jahr 2020 niedriger, als im Jahr 2019.
03.04.2020	351/4	In Wizebsk, wo die epidemiologische Situation besonders angespannt ist, wird ein Fußballspiel offiziell wegen »schlechter Wetterbedingungen« nach Barysau verlegt. Die belarussische Fußballmeisterschaft ist nach wie vor das einzige Fußballturnier in Europa, das aufgrund der Verbreitung von Covid-19 nicht verschoben wurde.
04.04.2020	440/5	Die Leiterin der Gesundheits- und Seuchenaufsicht von Belarus, Natallja Schukawa, empfiehlt den staatlichen Behörden möglichst auf Arbeit im Home Office umzusteigen.
05.04.2020	562/8	Der Vorsitzende des Gebietsexekutivkomitees von Wizebsk, Mikalaj Scherstnjou, sei die epidemiologische Situation im Gebiet Wizebsk »ziemlich ernst«.
05.04.2020	562/8	Die Schulferien in Belarus werden um eine Woche verlängert (bis zum 13. April). Das Gesundheitsministerium erklärt, dass dies im Interesse der besorgten Eltern geschehen sei, täglich erhalte man bis zu 100 Anrufe mit der Bitte, die Ferien zu verlängern.
07.04.2020	861/13	Das Oberhaupt der katholischen Kirche in Belarus, Tadeusch Kandrusewitsch, appelliert in unabhängigen Medien an das belarussische Gesundheitsministerium . »Was sollen wir [in den Kirchen, d.Red.] tun? Warum sagen Sie uns nichts? Ich weiß nicht, was wir tun sollen, ich bin kein Spezialist«.
07.04.2020	861/13	»Eine Quarantäne in Belarus einzuführen, ist das Leichteste. Aber was werden wir dann fressen?«, erklärt Präsident Aljaksandr Lukaschenka. Die Lebensmittelversorgung sei in Belarus jetzt Frage Nr. 1, so Lukaschenka.
07.04.2020	861/13	In einem Interview sagt Präsident Aljaksandr Lukaschenka gegenüber dem russischen Fernsehsender »Mir«, er könnte in Belarus einen Ausnahmezustand einführen und so vor den Präsidentschaftswahlen zeigen, dass er alles unter Kontrolle haben kann, aber er wolle Menschen nicht daran hindern, auf der Straße zu gehen.
07.04.2020	861/13	Präsident Aljaksandr Lukaschenka befiehlt der Regierung, das Problem der notwendigen Versorgung in Apotheken, Geschäften oder Krankenhäusern, insbesondere in Bezug auf Schutzmittel für Ärzte, bis Ende der Woche zu lösen. »Wir müssen schön gewinnen, die Menschen sollen mit Würde gerettet werden«, erklärt Lukaschenka.
07.04.2020	861/13	Eine von der staatlichen Nachrichtenagentur entwickelte Webseite zu Covid-19 (http://stopcovid.belta.by/) wird online gestellt.
08.04.2020	1066/13	In einer Erklärung des Bioethischen Ausschusses von Belarus die Bevölkerung von Belarus darauf hingewiesen, dass eine Nichteinhaltung der Anforderungen der Selbstdisziplin während der Pandemie als mangelnde soziale Verantwortung, Missachtung der Einhaltung der Menschenrechte sowie Missachtung der Menschen und der Gesellschaft angesehen werden soll.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
10.04.2020	1981/19	Das Gesundheitsministerium beschließt, Informationen über Todesfälle durch Covid-19 nur auf der Grundlage einer Kopie der Sterbeurkunde bereitzustellen, in der das Virus als Todesursache angegeben wird. Bei mehreren Opfern sei das Virus während der Behandlung eliminiert worden, wobei aber bereits aufgrund chronischer Krankheiten irreversible Prozesse ausgelöst worden seien. Diese Opfer sollten daher nicht als durch Covid-19 Verstorbene mitgerechnet werden, erklärt die Stellvertretende Gesundheitsministerin Jelena Bohdan.
10.04.2020	1981/19	Das Gesundheitsministerium erlaubt, dass Kontakte »ersten Grades« 14 Tage lang zu Hause (statt in Krankenhäusern) selbstisolierend bleiben; dabei soll eine Bescheinigung über die Arbeitsunfähigkeit ausgestellt werden.
10.04.2020	1981/19	Fachleute des Gesundheitsministeriums treffen sich mit der Leitung der orthodoxen Kirche und der katholischen Kirche in Belarus und besprechen die notwendigen epidemiologischen Maßnahmen während der kommenden Gottesdienste. Es wird u. a. empfohlen, Gottesdienste draußen durchzuführen und Menschen, die sich krank fühlen, dazu aufzurufen, Gottesdienste zu vermeiden.
10.04.2020	1981/19	Schulferien werden um eine weitere Woche (bis zum 20. April) verlängert.
10.04.2020	1981/19	Während der Schulferien werden Schul- und Kindergartenmitarbeiter in Minsk von ihrer Leitung »gebeten«, medizinische Masken für Beschäftigte im Gesundheitswesen zum Teil auf eigene Kosten zu nähen, berichtet das Nachrichtenportal tut.by. Schulämter erklären, es handelte sich um eine freiwillige Aktion.
11.04.2020	2226/23	Angehörige der WHO-Delegation, die sich auf Einladung der belarussischen Seite seit dem 8. April in Belarus aufhält, halten eine Pressekonferenz zusammen mit dem Gesundheitsminister ab. Laut dem Leiter der WHO-Mission, Patrick O'Connor, sei in Belarus bereits eine neue Phase des Ausbruchs von Covid-19 zu beobachten, nämlich die des <i>Community Spread</i> , wenn innerhalb einer regionalen Gemeinschaft Ansteckungsketten nicht zurückverfolgt werden können. Daher benötige man einen umfassenden Ansatz zur Eindämmung der Virusausbreitung, wie z. B. physische Distanzierung (inkl. Absagen von Massenveranstaltungen, Einführung von Fernunterricht und Vermeidung von nicht notwendiger Bewegung, insbesondere für Risikogruppen), ordnungsgemäßes Testen und Isolierung von Kontaktpersonen. Zu den positiven Aspekten zählt die WHO den systematischen Ansatz der epidemiologischen Überwachung in Belarus, die Laboratorien für die Verarbeitung von Covid-19-Tests, die Abgrenzung von Covid-19-Patienten in Krankenhäusern sowie die operative Organisation der Herstellung von Schutzausrüstung für Ärzte im Land.
12.04.2020	2578/26	Ein Flugzeug mit humanitärer Hilfe aus Usbekistan trifft in Belarus ein.
12.04.2020	2578/26	Die Covid-19-Zahlen, die der belarussischen Bevölkerung mitgeteilt werden, seien absolut zuverlässig und wahrheitsgemäß, erklärt die Vorsitzende des Rates der Republik der Nationalversammlung von Belarus, Natallja Katschanawa.

* Quelle: Johns Hopkins Universität und Gesundheitsministerium von Belarus, Stand: 12.04.2020

Chronik zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen der Nachrichtenportale naviny.by, tut.by und weiteren sowie des Gesundheitsministeriums von Belarus.

14. Januar bis 12. April 2020

14.01.2020	Der stellvertretende Ministerpräsident Dzmitry Krutoj erklärt, Belarus prüfe Optionen für alternative Öllieferungen. Am 1. Januar 2020 hatte Russland die Ölversorgung nach Belarus wegen fehlender Verträge für 2020 eingestellt. Minsk wiederum stellte den Export von Erdölprodukten ein, um eine Krise auf dem Inlandsmarkt zu verhindern.
16.01.2020	Das Ermittlungskomitee nimmt die Untersuchung des Verschwindens von zwei von insgesamt vier Personen in Belarus 1999–2000 wieder auf (es geht um den ehem. Leiter der Zentralen Wahlkommission Wiktar Hantschar, und den oppositionellen Unternehmer Anatol Krasouski). Hintergrund ist, dass der angebliche frühere Angehörige der SOBR (Schnelle Sondereinsatzgruppe) Jury Garauski am 16. Dezember 2019 in einem Interview der Deutschen Welle die Beteiligung einer Sonderabteilung des belarussischen Innenministeriums an den Ermordungen zugegeben hatte. Zuvor, hatte am 18. Dezember 2019 das Ermittlungskomitee den Fall des Verschwindens des ehem. Innenministers, Jury Saharenka, wieder aufgenommen.
21.01.2020	Belarus nimmt den Export von Ölprodukten wieder auf, nachdem 80.000 Tonnen norwegisches Öl gekauft wurden. Am 1. Januar 2020 hatte Russland die Ölversorgung nach Belarus wegen fehlender Verträge für 2020 eingestellt. Belarus wiederum stellte die Ausfuhr von Ölprodukten und eigenem Öl vorübergehend ein, um einen Kraftstoffmangel auf dem Inlandsmarkt zu vermeiden.
22.01.2020	Laut Umfragen des Allrussischen Zentrums für Meinungsforschung bleibt Aljaksandr Lukaschenka als beliebtester ausländischer Politiker weiterhin an der Spitze der Sympathien der Bürger_innen der Russischen Föderation. Gründe dafür sind folgende: Er wird als prorussischer Politiker wahrgenommen, nicht als prowestlicher; er wird als energischer Wirtschaftler wahrgenommen, der eine stabile und sich dynamisch entwickelnde Wirtschaft aufgebaut hat, und der in seinem Land eine ziemlich strenge Ordnung schafft.
23.01.2020	Vertreter der Opposition und der Zivilgesellschaft in Belarus diskutierten mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Brüssel über die Parlamentswahlen in Belarus 2019, die belarussisch-russischen Beziehungen und den Bau des belarussischen Atomkraftwerks.
25.01.2020	Dirk Schübel, Leiter der EU-Vertretung in Belarus, erklärt, die EU betrachte die Förderung europäischer Werte in Belarus als Priorität. »Meine Aufgabe hier ist es, mehr Europa nach Belarus und mehr Belarus nach Europa zu bringen. Und die Zivilgesellschaft kann dabei eine wichtige Rolle spielen«, so Schübel.
27.01.2020	Laut Andrei Kunzewitsch, dem stellvertretenden Leiter der Präsidialverwaltung, sei das Potenzial der politischen Parteien in Belarus nicht voll ausgeschöpft – daher sei es möglich, dass man über eine Modernisierung des Parteiensystems in Belarus nachdenken müsse.
28.01.2020	Laut Umfragen des Lewada-Zentrums in Russland glauben ca. 10 % der Bevölkerung in Russland, dass Belarus Teil Russlands werden sollte.
29.01.2020	In Minsk findet ein weiteres Treffen der trilateralen Kontaktgruppe zur Lösung des Konflikts im Osten der Ukraine statt.
31.01.2020	Leiter belarussischer politischer Parteien richten ein Schreiben an US-Außenminister Michael Pompeo, dessen Besuch für den 1. Februar geplant wird. In dem Schreiben werden u. a. Risiken und Bedrohungen für die Souveränität von Belarus durch die Russische Föderation erwähnt.
01.02.2020	US-Außenminister Michael Pompeo hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf. Zum letzten Mal fand ein derartiger Besuch aus den USA im Jahr 1993 statt. Pompeo trifft sich u. a. mit Präsident Aljaksandr Lukaschenka und Außenminister Uladsimir Makej. Belarus habe Interesse an der Präsenz amerikanischer Unternehmen vor Ort sowie an einer engen Zusammenarbeit mit US-Regierungsstrukturen, so Makej. Die USA würden überlegen, welche Sanktionen gegen Belarus aufgehoben werden können, wobei die beiden Länder diesen Punkt in den Beziehungen noch nicht erreicht hätten, so Pompeo. Die USA wollten Belarus bei der Schaffung eines eigenen souveränen Staates unterstützen, so Pompeo. Auch Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Belarus und der NATO wurden besprochen. Pompeo trifft sich darüber hinaus mit Vertretern der belarussischen Zivilgesellschaft.
03.– 04.02.2020	Der Außenminister von Litauen, Linas Linkevičius, hält sich zu einem Arbeitsbesuch in Belarus auf. Er trifft sich dabei u. a. mit Außenminister Uladsimir Makej. Litauen sei bereit, die Fortsetzung der alternativen Öl- und Gasversorgung nach Belarus zu erörtern, so Linkevičius.
04.02.2020	Präsident Aljaksandr Lukaschenka kommentiert den Besuch von US-Außenminister Michael Pompeo am 1. Februar: »Wir bauen Beziehungen zum größten Imperium auf, dem führenden Land der Welt«, erklärt Lukaschenka.
04.02.2020	Außenminister Uladsimir Makej trifft sich mit einer Delegation der deutsch-belarussischen Parlamentariergruppe im Bundestag unter Leitung von deren Vorsitzenden, Mark Hauptmann (CDU/CSU). Die Delegation wurde vom Ständigen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses der Nationalversammlung nach Belarus eingeladen.

07.02.2020	Präsident Aljaksandr Lukaschenka trifft sich im russischen Sotschi mit dem Präsidenten Russlands, Wladimir Putin. Im Anschluss an die Verhandlungen wird erklärt, dass die russische Seite nicht in der Lage sein werde, die Bedingungen für die Regulierung der Ölindustrie zu ändern, um belarussischen Partnern die gewünschten Rabatte zu gewähren.
07.02.2020	Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International fordert die belarussischen Behörden dazu auf, die Verfolgung von Teilnehmern an friedlichen Versammlungen vom Dezember 2019, die sich gegen eine vertiefte Integration zwischen Belarus und Russland richteten, unverzüglich einzustellen.
13.02.2020	Eine Delegation aus der Schweiz unter Leitung von Außenminister Ignazio Cassis hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf und trifft sich dabei mit Präsident Aljaksandr Lukaschenka. Cassis betont, die Schweiz trete gegen die Todesstrafe in Belarus ein. Belarus ist das einzige Land in Europa, das die Todesstrafe anwendet.
14.02.2020	Präsident Aljaksandr Lukaschenka erklärt, falls Russland im Februar nicht die erforderlichen Ölmengen liefert, werde Belarus mit der Entnahme von russischem Transitöl aus der »Druzhba«-Pipeline beginnen.
03.02.2020	Außenminister Uladsimir Makej nimmt an der 56. Münchner Sicherheitskonferenz teil. Am Rande der Konferenz führt er Verhandlungen u. a. mit dem Unterabteilungsleiter für politische und militärische Angelegenheiten im US-Außenministerium, Clark Cooper, und dem EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn.
18.02.2020	Mitglieder des Sekretariats des Senatsausschusses für auswärtige Beziehungen des US-Kongresses treffen sich in Minsk mit den Mitgliedern des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses der Nationalversammlung von Belarus.
19.– 20.02.2020	Präsident Aljaksandr Lukaschenka hält sich zu einem offiziellen Besuch in Ägypten auf. Er führt Gespräche u. a. mit dem Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi. Im Anschluss an die Gespräche unterzeichnen die Parteien u. a. ein zwischenstaatliches Programm über die Zusammenarbeit im Hochschulbereich und ein Abkommen über die Zusammenarbeit in Zollfragen.
24.– 28.02.2020	Eine Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Belarus hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf. Es wird ein Treffen im belarussischen Außenministerium mit Beteiligung des stellvertretenden Außenministers, Aleh Krautschanka, abgehalten. Die EU-Delegation sagt das geplante Treffen mit belarussischen Abgeordneten kurzfristig ab. Die von der EU-Delegation verbreitete Erklärung lautet: »Das Europäische Parlament unterhält derzeit keine offiziellen Beziehungen zur belarussischen Nationalversammlung. Trotzdem sind wir offen für einen offenen und umfassenden Dialog. Aus diesem Grund wurde ein Treffen mit einigen Abgeordneten der belarussischen Nationalversammlung in das Programm des Besuchs der europäischen Parlamentarier aufgenommen. Die belarussische Seite hat jedoch beschlossen, das Treffen nicht in einem vorher vereinbarten Format abzuhalten, was wir sehr bedauern.«
26.02.2020	In Minsk findet ein weiteres Treffen der trilateralen Kontaktgruppe zur Lösung des Konflikts im Osten der Ukraine statt.
26.– 27.02.2020	Menschenrechtler aus Belarus sprechen über die Menschenrechtssituation in Belarus mit der Direktorin des ODIHR der OSZE, Ingibjörg Sólrún Gísladóttir, die an einer internationalen Konferenz in Minsk teilnimmt. Dabei werden u. a. Themen wie Wahlen, Menschenrechtsbildung und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen Menschenrechtsorganisationen und staatlichen Strukturen besprochen.
02.03.2020	Belarus und Russland verlängern den Gasliefervertrag. Belarus wird Gas zu einem Preis von 127 US-Dollar pro tausend Kubikmeter erhalten, statt den gewünschten 90 US-Dollar.
05.03.2020	Der Außenminister von Belarus Uladsimir Makej erklärt, Minsk sehe keinen Grund, weiter an Roadmaps für eine tiefere Integration mit Russland zu arbeiten, bis die Probleme der Ölversorgung nicht gelöst sind.
06.03.2020	Das erste Treffen im Rahmen regionaler Reisen, der »Vorwahlen« zur Bestimmung eines gemeinsamen Oppositionskandidaten findet in Haradok (Gebiet Wizebsk) statt. Ein Abkommen über die Vorwahlen war von der belarussischen Sozialdemokratischen Partei (Hramada), der Partei »Belarussische Volksfront«, der Vereinigten Bürgerpartei, dem Organisationskomitee für die Gründung der Partei »Belarussische Christliche Demokratie« und der Bewegung »Für die Freiheit« unterzeichnet worden.
08.03.2020	Die Europäische Union verurteilt ein weiteres in Belarus ergangenes Todesurteil vom 6. März 2020. Es handelt sich um das dritte Todesurteil in Belarus seit Jahresanfang.
11.03.2020	In Minsk findet ein weiteres Treffen der trilateralen Kontaktgruppe zur Lösung des Konflikts im Osten der Ukraine statt.
12.03.2020	Die OSZE verleiht dem von den belarussischen Behörden geschlossenen Menschenrechtszentrum »Wjasna« den Preis »Verteidiger der Demokratie«-2020.
15.03.2020	Das Verfassungsgericht von Belarus fordert in seiner jährlichen Botschaft an den Präsidenten und das Parlament bessere Bedingungen für die Beteiligung der Bürger an der Staatsregierung.
16.03.2020	Das Hauptquartier der Vorwahlen der Opposition kündigt die Einstellung der Reisen in belarussische Regionen vom 18. März bis zum 2. April aufgrund des Coronavirus an.

21.03.2020	Belarus und Russland seien zu einem Einvernehmen in der Ölfrage gekommen, erklärt Präsident Aljaksandr Lukaschenka. Am 1. Januar 2020 hatte Russland die Öllieferungen nach Belarus wegen fehlender Verträge für 2020 eingestellt. Minsk wiederum stellte den Export von Erdölprodukten ein, um eine Krise auf dem Inlandsmarkt zu verhindern.
21.03.2020	Die Regierungschefs von Russland und Belarus einigen sich grundsätzlich auf die Parameter der Zusammenarbeit im Ölsektor. Diese Vereinbarungen berücksichtigen die gegenseitigen Interessen der Parteien, berichtet der Pressedienst der russischen Regierung.
25.03.2020	Aufgrund der Covid-19-Epidemie wird beschlossen, den 102. Jahrestag der Ausrufung der Belarussischen Volksrepublik (BNR) am 25. März 1918 (»Tag der Freiheit«) online zu feiern. Allerdings kommt es kurz vor dem Übertragungsbeginn zu Verbindungsproblemen, sodass eine online Übertragung nicht möglich wird. Die Organisatoren des Festes sind von einer Einmischung des Sicherheitsdienstes überzeugt.
25.03.2020	Belarussische Oppositionskräfte richten eine Website zur Auswahl eines gemeinsamen Kandidaten für die kommenden Präsidentschaftswahlen ein. Die Kandidat_innen erhalten von Organisationen, während der online Abstimmung und Abstimmungen in den Regionen sowie auf dem Kongress der demokratischen Kräfte Punkte. Drei Kandidat_innen bleiben bislang im Vorwahlverfahren: der stellvertretende Vorsitzende der Vereinigten Bürgerpartei Mikalaj Kaslou, der Leiter der Bewegung »Für die Freiheit« Jury Hubarewitsch und die Ko-Vorsitzende des Organisationskomitees für die Gründung der Partei »Belarussische Christliche Demokratie«, Volha Kawalkowa.
01.04.2020	Es werden derzeit Vorschläge der Arbeitsgruppe für Änderungen in der belarussischen Verfassung gesammelt, erklärt die Vorsitzende des Rates der Republik der Nationalversammlung von Belarus, Natallja Katschanawa. Die Frage einer Verfassungsänderung wird in Belarus seit etwa zwei Jahren diskutiert.
01.04.2020	Sieben europäische Länder (Nordmazedonien, Montenegro, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Liechtenstein, Norwegen und die Ukraine) schließen sich den restriktiven Maßnahmen der EU gegen Belarus an, erklärt Josep Borrell, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik. Am 17. Februar hatte die EU die Sanktionen gegen Belarus – ein Embargo auf Waffen- und Ausrüstungslieferung sowie Visasanktionen gegen vier belarussische Staatsbürger, die von der EU für das Verschwinden vier Personen in Belarus zwischen 1999 und 2001 verantwortlich gemacht werden – bis zum 28. Februar 2021 verlängert.
06.04.2020	Russisches Öl fließt wieder zu belarussischen Raffinerien. Nach dreimonatigen Verhandlungen war es den Parteien gelungen, eine Einigung über den Ölpreis zu erzielen.

Zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen der Nachrichten-Agenturen BelaPAN und BelTa sowie des Nachrichtenportals naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
 Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Dr. Astrid Sahn, IBB Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



Kostenlose E-Mail-Dienste:
www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.